

Bezugspreis:

Einzelheft 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 M., halbjährlich 1,80 M., jährlich 3,40 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 50 Pf. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 21. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Internationale und Oberschlesien.

Oppeln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ueber den Verlauf der Informationsreisen der Genossen ...

Bei den Verhandlungen am Donnerstag vormittag in Kattowitz mit den deutschen Vertretern der freien Gewerkschaften ...

Am Nachmittag wurden die Verhandlungen mit Vertretern des polnischen Zentralverbandes geführt. Sie beriefen sich u. a. auf die Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins ...

Im Hinblick auf den Bruderkampf des deutschen und des polnischen Proletariats regte Genosse Filmen-Amsterdam an, einen gemeinsamen Aufruf an die deutsche und polnische Arbeiterschaft zu erlassen ...

gemeinsamen Aufruf an die oberschlesische Arbeiterschaft veröffentlichen.

Die Verhandlungen mit den Vertretern des Berg- und Hüttenmännischen Vereins am Freitag machten den Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes das statistische Material zugänglich ...

So haben die Genossen aus Westeuropa auch am eigenen Leibe die polnische Freiheit erfahren.

Oppeln, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Augenblicklich läßt sich über die Stimmung im Industriegebiet keine allgemein gültige Meinung finden, da die Polen Kundgebungen, die ihnen unangenehm sind, mit rücksichtsloser Drangsalierung durch die bewaffneten Insurgenten beantworten ...

Insurgenten und Arbeiterschaft.

Man schreibt uns aus Oberschlesien: In Oberschlesien fanden sich bei Ausbruch der Wirren ca. 1000 Schiffe, von denen die Mannschaften unter Zurücklassung ihrer Habe flüchten mußten ...

Verschiedene Schiffe sind durch Minenwerfer in Grund geschossen, auch hier ist die Habe verloren. Jeder einzelne Schiffsmann hat einen Verlust von mehreren tausend Mark. Es handelt sich um die zum Berufe notwendigen Ausrüstungsgegenstände, wie Betten, Berufskleidung, Wäsche, Stiefel usw. ...

Um nach Schaffung geordneter Verhältnisse die Arbeit wieder aufnehmen zu können, muß unbedingt das Reich eingreifen und bereits jetzt Erlass der verlorenen Sachen gewähren. Schnelle Hilfe ist absolut notwendig.

Korfančtos Wirtschaftsausschuß in Schoppinich ladet öffentlich polnische Kaufleute zum Bezug oberschlesischer Erzeugnisse ein. Die Liquidation deutschen Vermögens in Polen soll sofort nach Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen beginnen ...

Schluß der Bayerndebatte.

Die Interpellationsdebatte des Reichstags über die Ermordung des Abgeordneten Gareis und die belagerten Zustände, aus denen diese schändliche Tat erwuchs, hat am Montag ihren Abschluß gefunden. Sie hat nach stürmischen Zwischenfällen doch zu einer gewissen politischen Klärung geführt ...

Nachdem der Reichstanzler am Freitag seine treffliche Rede gehalten, kündigte ihm die deutschnationale Presse eine fürchterliche Abrechnung an, die ihr Parteigenosse Bazille mit ihm vornehmen sollte. Aber die Spannung des Reichstags wurde enttäuscht; die Rede des Herrn Bazille war eine Sammlung leerer Redensarten, die nur Staunen darüber erregen konnte, daß dieser Herr bei seinen württembergischen Landsleuten und Parteifreunden als eine große Nummer gilt ...

Auch Herr v. Schöck, ein pensionierter General aus München, der für die Deutsche Volkspartei sprach, vermochte nicht, das Interesse an der Debatte wiederzubeleben. Das gelang erst dem bayerischen Justizminister Dr. Hamann, der im Reichstag als demokratischer Abgeordneter sitzt. Von diesem seinem Doppelwesen ließ Herr Dr. Hamann nur die zweite Seite in Erscheinung treten; er sprach mit so scharfer Pointierung gegen rechts als guter süddeutscher Demokrat, daß man kaum glauben konnte, ein Mitglied der reaktionärsten deutschen Regierung vor sich zu haben ...

Geheimnis der bayerischen Verhältnisse ist nicht so leicht einzudringen. Aber sehr wesentliches zur Klärung trug die Rede des bayerischen Bauernbündlers, Herrn Eisenberger, bei, der nicht nur durch seine oberbayerische Gebirgsstracht und seinen Dialekt, sondern durch sein ganzes Wesen ein gutes Stück des bayerischen Volkes verkörpert. Herr Eisenberger, auch Führer einer bayerischen Regierungspartei, legte offenherzig dar, daß der bayerischen Regierung selbst die deutschnationale Hege über den Kopf gewachsen sei und daß das bayerische Volk diese Hege aufs tiefste verabscheue ...

Auch in der vorangegangenen Rede des Zentrumsmannes und Bayern Dr. Pfeiffer war — mit viel städtischer Eleganz — derselbe Grundgedanke variiert worden: Diese Münchener nationalistische Hege ist etwas ganz und gar Unbayerisches, ein fremdes Gift, das der gesunde Körper selber ausstoßen wird.

Hoffen wir, daß diese gründliche Erörterung zur Gesundung Bayerns beitragen wird. Es ist doch auch nur eine Lüge der Münchener Heher, daß das bayerische Volk sich gegen irgendwelche Feinde im Deutschen Reich zur Wehr setzen muß. Bayern hat keine Feinde, Bayern braucht sich nicht zu verteidigen außer gegen diejenigen im eigenen Lande, die seinen guten Ruf schädigen, und die es nur davonzusagen braucht, um mit dem übrigen deutschen Volk wieder ganz eins zu sein. Das ostelbische Junkertum war schon gewohnt, Bayern als seine eroberte Provinz zu betrachten, vielleicht war der Jubel etwas zu früh. Im Reichstag wenigstens hat es kein Bayer gewagt, sich zu dieser Brüderchaft zu bekennen, da geben sie sich alle als gute Demokraten. Mögen sie es doch endlich auch in Bayern sein!

Die Mietsteuer.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Mietsteuer, die unter dem Titel „Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues“ dieser Tage vom Reichstage angenommen werden wird, hat den Wohnungsausschuß der deutschen Volksvertretung weit über ein Jahr in vielen Sitzungen beschäftigt. Diese lange Dauer der Beratungen lag in den Schwierigkeiten der Veranlagung und der Erhebung dieser Steuer, in dauernden Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsregierung und den Ländern über die Gestaltung der Abgabe, vor allem aber in dem jähden Bemühen unserer Partei, die leistungsfähigen Schichten in Stadt und Land unter die Steuer zu zwingen und die Zuergeinkommen möglichst von ihr zu entlasten ...

Was trifft nun und was bezweckt die Mietsteuer? Sie wird von den Nutzungsberechtigten aller Gebäude erhoben, die vor dem 1. Juli 1918, also im Wesentlichen noch zu normalen Baupreisen, fertiggestellt sind. Demnach müssen nicht nur die Mieter die Abgabe entrichten, sondern auch die Hausbesitzer für die von ihnen zur Benutzung in Anspruch genommenen Gebäudeteile; aber auch für Fabrikgebäude, Kontorräume, Werkstätten, Lagerhäuser, Scheunen, Ställe usw. muß die Steuer bezahlt werden. Befreit sind u. a. die für öffentliche Zwecke bestimmten Gebäude des Reichs, der Länder und der Gemeinden, die Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, die Kirchen, aber auch solche Gebäude, die den Zwecken eines die Volkswohlfahrt fördernden Unternehmens auf gemeinnütziger Grundlage dienen. Dazu gehören auch Volkshäuser, Jugendheime, Herbergen, Landheime usw., wenn sie gemeinnützig betrieben werden.

Nicht das Reich, sondern die Länder erheben die Steuer. Es steht ihnen frei, ob sie der Steuer die Form einer Abgabe vom Grundvermögen oder einer unmittelbaren Mietsteuer geben wollen. Im ersten Falle wird die Steuer von den Besitzern der Gebäude erhoben, die den Betrag dann auf die Nutzungsberechtigten (Mieter, Pächter — aber auch sich selbst) umlegen. Im zweiten Falle wird die Steuer unmittelbar von den Nutzungsberechtigten der Gebäude eingezogen. Sie beträgt dann 5 v. H. des Nutzungswertes. Dazu müssen die Gemeinden 5 v. H. Zuschläge erheben. Mit Genehmigung der obersten Landesbehörde kann der Gemeindezuschlag bis auf 10 v. H. erhöht werden. Wichtig ist, daß der Abgabe der Wert der Gebäude (1. Juli 1914) der Gebäude oder Gebäudeteile zugrunde gelegt wird. Rentnern und solchen Steuerpflichtigen, die durch Krankheit oder Erwerbslosigkeit in ihrem Einkommen stark geschmälert werden, wird die Steuer auf Antrag zurückerstattet.

Zwei rohe Beispiele für die Wirkung der Steuer: 1. Ein Land bringt die Abgabe durch Grundsteuer auf, wobei nur bebauter Grundstücke getroffen werden dürfen. Die auf ein Haus in bestimmtem Werte entfallende neue Steuer beträgt 200 M. jährlich. Der Besitzer bewohnt die Hälfte des Hauses, zwei Mieter je ein Viertel. In diesem Falle werden die 200 M. Abgabe vom Besitzer erhoben, der 100 M. aus eigener Tasche zahlen muß und je 50 M. von den beiden Mietern einziehen kann. Die Gemeindezuschläge regeln sich entsprechend.

2. Ein Land erhebt die eigentliche Mietsteuer. Die Steuerbehörde stellt den Mietwert der Gebäude und Gebäudeteile am 1. Juli 1914 fest. Ein Haus hat vier Wohnungen. Die vom Hausbesitzer benutzten Räume hatten am 1. Juli 1914 einen Mietwert von 900 M. jährlich, die von den drei Mietern benutzten Räume von je 500 M. jährlich. In diesem Falle erhebt das Land von dem Vermieter 45 M., von den drei Mietern je 25 M. jährlich (5 v. H.). Durch den Gemeindezuschlag wird die Steuer verdoppelt.

Nehmen wir an, daß die Arbeiter, über das ganze Land genommen, am 1. Juli 1914 durchschnittlich 30 bis 40 M. monatlich Miete zahlten, so haben sie also, gleich nach welcher Form die Abgabe erhoben wird, mit einer Mietsteuer von 3 bis 4 M. monatlich zu rechnen. Diese Abgabe ist unangenehm wie jede Steuer. Was

uns aber mit ihr verfühnen kann, ist dies: Die paar Milliarden, die sie bringt, kommen unmittelbar der Masse der kleinen Mieter zugute, denn die Einkünfte dürfen lediglich zur Verzinsung und Tilgung der für Kleinwohnungen (aus öffentlichen Mitteln) hergegebenen Beiträge verwendet werden. Ferner dürfen mit dieser Abgabe Wohnungsbauten nur gefördert werden

1. wenn die Kosten der Bauausführung einschließlich der Baustoffe behördlich genau kontrolliert werden;
2. wenn die Bauten dauernd in öffentlichem oder gemeinnützigem Eigentum bleiben, oder doch verhindert wird, daß aus der Vermietung oder dem Verkauf ein übermäßiger Gewinn erzielt wird.

Mit einer noch schärferen Fassung dieser Sicherungen sind wir leider gegen die gesamten bürgerlichen Parteien nicht durchgedrungen.

Die Abgabe wird einstweilen in den Jahren 1921 bis 1914 erhoben werden. Die Erträge werden aber schon in den nächsten zwei Jahren verhaßt sein. Sie schaffen, hochgerechnet, 50 000 Wohnungen, während der Bedarf vielleicht 1 Million Wohnungen ist. Es ist also nicht viel, was erreicht wird. Immerhin sind 50 000 Wohnungen, an deren Bau hunderttausende Bauarbeiter Beschäftigung finden, doch viel mehr als nichts. Diejenigen, die die Vorlage grundsätzlich verwerfen, konnten außer dem Hinweis auf die Notendränge keinen Weg für die sofortige Beschaffung von Mitteln nennen. Daß die Kommunisten im Ausschuss nichts taten, verdient kaum erwähnt zu werden.

Wir sehen in diesem kümmerlichen Gesetz noch nicht einmal den Anfang der Lösung des unendlich schwierigen und verwickelten Wohnungsbauproblems. Auf unser Drängen wird schleunigst eine Unterkommission des Wohnungsausschusses Vorschläge zur umfassenden Behebung der Wohnungsnot ausarbeiten. Auch eine aus Gewerkschaftern und aus Reichstagsabgeordneten der SPD. und der USP. gebildete Kommission wird demnächst mit weit ausgreifenden Plänen vor die Öffentlichkeit treten.

Helferichs Verbrechen.

In der „Germania“ veröffentlicht der bekannte Professor der Finanzwissenschaften Dr. Julius Wolf einen Artikel über die Finanzwirtschaft des kaiserlichen Deutschland, worin gesagt wird:

Frivolier als das Deutsche Reich vor und im Kriege ist wohl selten ein anderer Staat mit der Finanzpolitik umgegangen. Man glitt in einen Krieg, der Hunderte von Milliarden Mark, hunderte von Milliarden Goldmark kosten sollte. Daß dem so sei, wurde weder von den Militärs, noch von den Politikern, noch vom Reichshofamt begriffen. An eine ernsthaftige Kriegsfinanzierung dachte man nicht. Nach meiner Schätzung überfliegen die Kriegskosten von vornherein zu gut zwei Drittel die Finanzkraft des Reiches. Die Reichsfinanzbehörden veräußerten aber nicht bloß, die jeweilige Finanzlage wahrheitsgetreu zu zeichnen, sie unterließen auch, um die Kriegsstimmung des Volkes nicht zu beeinträchtigen, das unbedingt gebotene Anziehen der Steuerschraube. Das Reichshofamt wäre mindestens verpflichtet gewesen, die Einnahmen auf der Höhe des Friedensbedarfs zuzüglich des Zins- und Amortisationserfordernisses für die im Kriege neu aufgenommenen Anleihen zu halten. Unter peinlichster Beachtung des Grades der Selbstentwertung, mit der als Dauererleichterung zu rechnen Klugheit gebot. Was aber tat das Reichshofamt, ohne den Einspruch des Reichstags zu finden? Es erschloß dem Reiche kaum mehr Steuerquellen, als ihm der Krieg verschüttet hatte. Mein steter Hinweis auf den englischen „Steuerheroismus“ störte wenig. Man hatte die Strenge, Englands Bestreben, die ungeheuren Kosten des Krieges zu einem höchstmöglichen Prozentsatz durch Steuern aufzubringen, als Eingeständnis seiner militärischen Schwäche zu deuten, obgleich es sich

bei diesem Bestreben um eine festgewurzelte englische Gewohnheit handelte, die sich besonders in den napoleonischen Kriegen bewährt hatte. Die Scheu vor neuen Steuern war aber noch nicht die größte der Sünden wider den heiligen Geist der Finanzpolitik. Das Reichshofamt mißachtete auch das elementarste finanzpolitische Erfordernis: die Sparsamkeit, sah keiner militärischen Instanz auf die Finger, erlaubte, daß man das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswarf.

Die Resolution trägt nach Wolf an dem deutschen Finanzfeld nur den allergeringsten Teil der Schuld. Die wirkliche Schuld liegt bei der Frivolität, mit der die Finanzen des Reiches während des Krieges geleitet wurden. Professor Wolf nennt keine Namen, aber man erinnert sich, daß der Leiter der deutschen Finanzen in der kritischsten Periode Helferich gewesen ist.

Und dieser Mann hat noch den Mut, Anklagen zu erheben und sich als derjenige aufzuspielen, der genau weiß, wie alles besser gemacht werden muß!

Antisemitismus und Wissenschaft.

Aus einem sonderbaren Anlaß kam es, wie der „Voss. Zig.“ aus Nürnberg gemeldet wird, am 15. Juni dort zu einem Streik einer Reihe von Dozenten der Handelshochschule. Auf der Hochschule, die hauptsächlich aus jüdischen Mitteln gegründet wurde, machen sich seit mehreren Monaten antisemitische Umtriebe bemerkbar, die durch eine deutschjüdische Studentenverbindung „Wehrschaft Franco-Bavaria“ eine besondere Steigerung erfahren. Als Urheber der Schmähungen, die fortgesetzt in einer Kneipzeitung erschienen, wurde der Student Stroemsdoerfer festgestellt, der vergeblich vom Senat aufgefordert wurde, die gegen einen Herrn Dr. Luppe und mehrere Stadträte ausgesprochenen Beleidigungen zurückzunehmen. Hierauf wurde Stroemsdoerfer vom Senat mit Entlassung bedroht. Dann ließ der Rektor der Handelshochschule einen Anschlag der Franco-Bavaria, worin u. a. von den Ausnahmefähigkeiten die eidesstattliche Erklärung verlangt wurde, niemals eine Hetze mit einem „farbigen oder jüdischen Weib“ einzugehen, vom schwarzen Brett der Hochschule entfernen. Hierauf erfolgte von einer Minderheit der Studenten unter Führung Stroemsdoerfers neue Kränkungen gegen Rektor und Senat, worauf der Dozentenstreik einsetzte.

Am 20. Juni erging vom Senat und dem Studentenausschuss der Handelshochschule an die Öffentlichkeit eine Mitteilung, in der über das Ergebnis einer Studentenversammlung vom 17. d. M. berichtet wurde. Als besonders bemerkenswert ist der Mitteilung zu entnehmen, daß Stroemsdoerfer trotz wiederholter Einladung der Versammlung fernblieb, desgleichen die gesamte Wehrschaft Franco-Bavaria, da sie wegen der in den letzten Tagen erfolgten Austritte „mangels Burschen zu suspendieren gezwungen war“. Die Versammlung billigte das Disziplinarverfahren gegen Stroemsdoerfer, sprach Rektor und Senat das volle Vertrauen aus, legte jedoch gegen den Beschluß des Stadtrats Nürnberg auf Entfernung des Anschlages Verwahrung ein, da er „eine Gefährdung der akademischen Freiheit“ bedeute. Auf Grund dieser Beschlüsse wurden die Vorlesungen an der Handelshochschule wieder aufgenommen. Der Senat hat die Entlassung Stroemsdoerfers beschlossen.

Opfer der Verhekerung.

Bremen, 20. Juni. (WZ.) Die hiesige Strafkammer verurteilte heute drei Angehörige der Reichswehr wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und einfachen Bandfriedensbruchs, begangen während des am 8. März 1920 erfolgten Zwischenfalles mit französischen Offizieren, die der Entente-Kommission angehörten. Ein Angeklagter wurde zu zwei Monaten und einen Tag, die beiden anderen Angeklagten zu je drei Monaten und einen Tag Gefängnis verurteilt.

Kommunisten in Selbstverwaltungsämtern sollen, nach einem Erlass des preussischen Innenministers Dominicus (Dem.) nicht bestätigt werden, weil diese Partei den gewaltsamen Umsturz der Verfassung anstrebt.

nach anderhalb Stunden die Notierungen dieser Börse schon in den Händen der deutschen Interessenten. Und auch hier erstreckt man noch Beschlagnahmen. Um eine größere Ausnutzung zu ermöglichen, hat man Gebots- und Reklamationsverfahren getrennt. Während Rauen nur Sendestation ist, erfolgt der Empfang in Götting bei Potsdam, d. h. die Apparate stehen in diesen Orten, die Leitungen gehen von diesen Orten direkt nach dem Haupttelegraphenamt Berlin und werden von dort aus bedient.

Um die Fortschritte, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, gegenseitig auszunutzen, ist von England und Amerika ein Veramtenaustausch vorgeschlagen worden. Das deutsche Postministerium hat diesem Vorschlag freudig zugestimmt.

An den Vortrag schloß sich eine Besichtigung der großartigen Anlagen.

Internationale Qualitätsmessen. Während der „Werkbund“ und die anderen bekannten Organisationen sich für die deutschen Messen einsetzen, will die „Kornscheuer“ die deutschen Produzenten mit dem Ausland verbinden, indem sie deutsches Kunsthandwerk und Erzeugnisse deutscher Industrien (Porzellan, Keramik, Weberei und Stoffe künstlerischer Art, Metallverarbeitungen und Möbel) zum Zweck der Qualitätsausstellungen sammelt und ins Ausland sendet, wo die Sendungen der Schwestermesse in einer gemeinsamen Sonderausstellung gezeigt werden sollen.

Finder nach den ersten Versuchen auf den internationalen Ausstellungen der Qualitätsmessen den erhofften Erfolg, dann will man zu einer endgültigen Einführung des internationalen Qualitätsmessen weitergehen. Es sind dafür besondere Qualitätsmessen in Aussicht genommen, zu denen der Beitritt der Produzenten nicht erlaubt werden kann. Vielmehr können nur auf Grund der durch die Kornscheuer geprüften und als hochwertig befundenen Produkte die produzierenden Handwerker oder Industrien in den „Werkbund der Kornscheuer“ aufgenommen werden. Durch die Aufnahme erfolgt aber nicht generell die Zulassung aller Produkte der aufgenommenen, sondern es dürfen, anders als z. B. der Werkbund, nur diejenigen Produkte das Zeichen der Qualität tragen, die geprüft worden sind.

Für die Prüfung der Qualität sind nicht feststehende Kommissionen vorgesehen, sondern es sollen für jeden Ausstellungsfall und jedes Gebiet Kommissionen aus Künstlern und Persönlichkeiten zusammengestellt werden, die den betreffenden Produktionsgebieten künstlerisch oder technisch nahestehen. Der Gedanke des Qualitätsmessen nimmt vor allem für sich in Anspruch, daß auch kleinste Handwerker regelmäßig Gelegenheit gegeben wird, sich an den großen internationalen und Spezialausstellungen im Ausland zu beteiligen.

Gerhart Hauptmanns „Weber“-Tragödie wurde im Großen Schauspielhaus aufgeführt. Es ging von dem Stücke wiederum eine ungeheure Wirkung aus, die noch gesteigert wurde, weil die Zuschauer die Sehnsucht der Zeit in die einzelnen Auftritte hineintrugen. Besonders das Publikum der obersten Ränge konnte sich nicht genug tun in Ovationen für Gerhart Hauptmann und für die Schauspieler. Ueber den künstlerischen Wert der Aufführung soll noch gesprochen werden.

Die im Schatten leben.

Bochum, 20. Juni. (WZ.) Heute mittag 10 Minuten vor 12 Uhr ereignete sich auf Schacht 1—3 der Zeche Mont Cenis in Solingen bei Herne ein schweres Grubenunglück infolge Schlagwetterexplosion. Schauplatz der Katastrophe war das Revier des Steigers Oppermann auf der fünften Sohle. Von der rund 120 Mann starken Belegschaft konnten bis jetzt nur wenige Schwerverletzte und mehrere Tote geborgen werden. Trotz angelegentlichster Bemühungen der aus allen Teilen des Ruhrgebietes herbeigeeilten Rettungsmannschaften konnte man bis zur Stunde nicht bis zu dem eigentlichen Herd der Explosion vordringen. Es besteht wenig Hoffnung, die Leute des Unglücksreviers noch lebend zu bergen, denn die starken Nachschwadern haben auch die anderen Grubenreviere schwer gefährdet. Bis nachmittags 3 Uhr sind auf diesen benachbarten Revieren etwa 100 mehr oder weniger gasvergiftete Bergleute eingetroffen. Die Tragweite dieses Unglücks läßt sich bis jetzt noch nicht in ihrer ganzen Größe übersehen. Die Rettungsversuche sind in vollem Gange. Fortgesetzt treffen neue Mannschaften ein, u. a. die bekannte Courrieremannschaft der Zeche Shamrock. Der Schacht Mont Cenis ist von einer großen Menschenmenge umlagert, lautes Weinen und Schluchzen der Angehörigen ertönt, die um ihre Väter, Söhne, Brüder und Erhalter bangen.

Herne, 20. Juni. (WZ.) Eine amtliche Mitteilung von sieben Uhr abends besagt: 28 Tote und eine große Anzahl Verletzte, vorwiegend Leichtverletzte, sind geborgen. Dierzehn Mann werden noch vermißt.

Verwaltungsgericht für Orgesch.

Breslau, 20. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Breslauer Bezirksauschuss hat „aus formellen und sachlichen Gründen“ mehrere Klagen des „Heimatschutzverbandes verfassungstreuer Schlesier“, bez. schlesischer Orgesch, stattgegeben. Ein Versammlungsverbot der Polizeiverwaltung Glatz und eine Auflösungsverfügung des Landrats von Rumpsch gegen einen der Organisation angeschlossenen Verband wurden aufgehoben, für Reichenbach wurde erklärt, daß dort ein rechtsfähiges Verbot nicht bestche. Die „Schlesische Zeitung“ behauptet ferner, daß die Landräte von Dels und Steinau ihre Auflösungsverfügungen zurückgezogen hätten.

Die Breslauer „Volkswacht“ macht auf den Gegensatz zwischen den Verpflichtungen der Reichsregierung und dem Urteil des Breslauer Bezirksauschusses aufmerksam und sagt, wenn die Reichsregierung nicht zum Weichen sehe, bleibe nichts anderes übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen und der Bürgerorganisation einen Selbstschutzverband der Arbeiterschaft gegenüberzustellen. Unser Parteiblatt habe sehr oft Bedenken gegen diesen Gedankenengang geäußert, aber die Justizfrage gegen die Organisation schloge uns diese Bedenken aus der Hand.

Patriotische Junker.

Bei der Beratung des Geflügelgesetzes im Hauptauschuss des Preussischen Landtages wurde von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, wie der staatliche Geflügelverwalter Graf von Lehndorff seine patriotische Pflicht aufschob. Das Geflügel des genannten Herrn mußte nämlich 8 von den 10 Beamten vertriebene Beamte aufnehmen, für die keine Wohnungen vorhanden waren. Der Herr Geflügelverwalter, der Junggeheule ist, bewohnte nur eine Stube von 15 Zimmern. Trotzdem aber war dieser Patriot nicht zu bewegen, davon auch nur ein Obdach für die Vertriebenen abzugeben, wie es andere Geflügelverwalter ohne weiteres getan haben. Während der genannte Geflügelverwalter also 15 Zimmer benötigte, ließ er für die vertriebenen 8 Beamten einen Stall, der kurze Zeit darauf abbrannte, zu Wohnzwecken einrichten.

Aber auch jetzt war der patriotische Graf noch nicht dazu zu bewegen, einige Zimmer abzugeben, sondern einigte selbst beschränkt wohnende Beamte des Geflügels erachteten es als ihre Pflicht, für die Vertriebenen notdürftig Platz zu machen. Als dann endlich das Mietesinigungsamt eingriff, schritt man, statt zur Beschleunigung der Junggeheulenschaft, zum Neubau einiger Wohnungen für die Beamten. Wahrscheinlich gehört der Herr Graf zu denjenigen, die am lauesten über die „Vergewaltigung von Deutschen durch die Polen“ schreien und die Regierung, die diesen Verhältnissen „machlos gegenübersteht“, am heftigsten angreifen. Wahrscheinlich, Nationalbewußtsein — nach deutschnationaler Art.

Die Entschädigung auf den Schlachtfeldern. Eine englische Romanistin, Mrs. Horace Trevellick, beschränkt sich in der „Daily Mail“ darüber, daß so wenige Entschädiger in diesem Jahre die französischen Schlachtfelder besuchen und auf ihren Landsleuten zu, daß jetzt die unwillkürliche letzte Gelegenheit sei, um sich die Zerstörungen anzusehen und die Kadaver zu beleben, die bei den Engländern immer mehr einschlämmeren. Wer nicht bald kommt, werde bitter enttäuscht sein, gar keine richtigen Schlachtfelder mehr anzusehen. In den zerstörten Gebieten arbeiten die Franzosen mit einer heiligen Ausdauer vom Morgen bis spät abends wie eine Herde fleißiger Ameisen, fähig sie, räumen den Schutt ihrer vernichteten Häuser fort und bauen sie Stein für Stein wieder auf. Der Boden trägt nach der langen Ruhe erstaunlich reiche Ernten; ringsum Büchse stehen die herrlichsten Kornfelder. Die Schützengräben sind ausgefüllt und nichts erinnert mehr an die rüstigen Drahtverhaue und an die Unterstände. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit verschwinden die Schlachtfelder. Gar bald wird nichts mehr vom Kriege übrig bleiben als einige Paraderuinen, die besonders erhalten werden. Die Reisenden werden mit größter Sorgfalt von den Berufsführern zu diesen geschichtlichen Stätten geleitet, und es besteht kein Zweifel, daß viele, die mit dem Besuch zu lange gewartet haben, später bitter enttäuscht sein werden.

Amundsen auf offener See aufgefallen. Der norwegische Nordpolforscher Amundsen ist, wie aus New York gemeldet wird, auf offener See von einem Schiffe aufgefallen worden. Amundsen war von Alaska aus zu einer Expedition abgefahren, die eine Dauer von sieben Jahren haben sollte.

Beim Störing in Kristiania ist nachfolgendes Telegramm von Amundsen, das aus Rom am 17. Juni datiert war, eingelaufen: „Erzuche den Störing um Gewährung eines Betrages von 300 000 Kronen für die Expedition“. Im Anschluß an dieses Telegramm erklärte Professor Hansen, er hätte früher nichts davon gehört, daß Amundsen nach Rom zurückgekehrt sei. Das Telegramm wurde der Regierung überwiesen. Von dem Störing wurde Amundsen telegraphisch mitgeteilt, daß die Angelegenheit an einem der nächsten Tage ihre Erledigung finden werde.

In die Reichstagsdebatte ist Genosse Dr. John Schilowski eingetreten.

Mittheilung. Das nächste städtische Polizeifest findet am Dienstag, den 21., abends 8 Uhr, in den Germania-Gärten, Göttingerstraße 110/111, statt.

Zum Direktor der Berliner Sternwarte ist der bisherige Direktor der Sternwarte in Reichenberg, Prof. Paul Gutzwiller, ernannt worden. Er übernimmt zugleich den Lehrstuhl für Astronomie an der Berliner Universität.

Ein Denkmal für den Kaiser Kaiser wurde in Sallersee (Oberbayern) enthüllt. Kaiser hat die große Schönheit des Bäderlandes am besten gezeigt und auf das ausdrucksvollste wiedergegeben.

Ein Unfall des Herodes wurde teilweise bei Ausgrabungen in Ascalon beobachtet. Es wurden Bildwerke des Apollon, des Demos, einer Victoria und eines Giganten und eine Statue des Königs Herodes gefunden.

Ein Sieg der Delfener. Die „Aquilona“ mit Delfenern hat die „Aureliana“, die Rollen verlor, auf der Delfenerfahrt um 20 Stunden geschlagen.

Deutschlands Nachrichtenverkehr.

Rauen Bedeutung.

Interessante Aufschlüsse über den Stand des Fernsprech-Telegraphen- und Funkverkehrs wurden bei einer Besichtigung der Funkstation Rauen, zu der das Reichspostministerium eingeladen hatte, den Mitgliedern des Deutschen Reichstages gegeben.

Die beiden Kabel, die Deutschland vor dem Kriege über Emden, Vigo und Monrovia direkt mit Amerika verbunden, sind jetzt im Besitz Englands und Frankreichs. Eine direkte Verbindung Deutschlands mit Amerika bestand nach dem Kriege nicht mehr. Wir waren auf den Verkehr über England angewiesen. Es ergaben sich daraus schwere Nachteile für unser Wirtschaftsleben. So gingen die Notierungen der amerikanischen Börse zunächst nach London. Dort wurden sie an der Börse vermerkt und den englischen Agenten in Deutschland mitgeteilt, die diesen Vorsprung ausnützten. Viel später kamen dann diese Nachrichten erst zur Kenntnis der deutschen Geschäftswelt. Auch finanziell brachte das Monopol Englands Deutschland Nachteile. Für jedes telegraphische Wort mußte Deutschland einen Extrazuschlag bezahlen. Ein Telegrammwort von Berlin nach Australien kostete nach diesem Tarif 28,50 Frank, während dasselbe Telegramm, in Warschau aufgegeben, über Berlin geleitet, nur 25 Frank kostete.

Dies Monopol Englands ist durch unseren Funkdienst gebrochen.

Die Funkstation Rauen, die im Jahre 1908 entstand und aus kleinen Anfängen zu ihrer jetzigen Größe wuchs, ist einer der Hauptträger des Funkdienstes. Rauen hat eine Europa- und eine Uebersee-Station und sendet seine Wellen in die ganze Welt. An den Ausbau des Telegraphendienstes ist während der ganzen Nachkriegsjahre gearbeitet worden und wird noch jetzt in anerkannter Eilmäßigkeit von allen beteiligten Ländern gearbeitet. Von den 108 Leitungen Deutschlands, die vor dem Kriege nach den Feindbündländern liefen, sind jetzt wieder 75 Proz. in Betrieb genommen. Die Verbindungen nach den neutralen Ländern haben sich noch vermehrt. Der telegraphische Verkehr ist jetzt schon wieder fünfmal so stark wie 1919. Die Ferngespräche, die 1913 1,4 Millionen betragen, stiegen 1919 auf 1,7 Millionen und erreichten 1920 die kaum glaubliche Zahl von 5,4 Millionen Gesprächen täglich. Dieser Stand konnte nur erreicht werden durch den Ausbau der Funktelegraphie.

Auch der Presse ist der Funkdienst nutzbar gemacht worden. Im Januar 1921 wurden im Durchschnitt täglich 1700 Presse-Telegramme aufgegeben, jetzt sind es 3000. Durch den Nachrichten-Telegraphen werden täglich für den kleineren Europakreis 5000 Worte in deutscher Sprache, für den Uebersee-Telegraphen 5000 Worte in englischer Sprache ausgesandt. Aber nicht nur die Zahl der Uebermittlungen ist gesteigert worden, auch die Schnelligkeit hat gewaltig zugenommen. Während es früher zwölf Stunden dauerte, ehe die Notierungen der New Yorker Börse den deutschen Kaufleuten bekannt wurden, sind jetzt

Abbau der Preisprüfungsstellen?

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. C. Falk, Berlin.

In der Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung ist am 9. Mai d. J. ein Antrag der Demokratischen Partei, bei der Reichsregierung eine Aufhebung der gesetzlichen Verpflichtung der Städte über 10 000 Einwohner zur Errichtung einer Preisprüfungsstelle hinzuwirken, einer Erörterung unterzogen und schließlich abgelehnt worden.

Dieser Antrag ist in Anbetracht der heute noch bestehenden Mängel des Preisprüfungswesens durchaus verständlich, wenn er auch in seinem rein verneinenden Ziele die noch vorhandenen Aufgaben der Preisprüfungsstellen durchaus verkennt. Die zweifellos bestehenden Mängel des Preisprüfungswesens haben keineswegs überall zu seiner Wirkungslosigkeit geführt, insbesondere nicht in den süddeutschen Staaten, die dem Preisprüfungswesen stets weitgehendes Verständnis entgegengebracht, es gefördert und zweckentsprechend ausgebildet haben. Vor allem hat in diesen Ländern die Errichtung von Landespreisstellen die für alle Preisprüfungsstellen notwendige einheitliche Leitung und damit die Vorbedingung einer gedeihlichen Wirksamkeit geschaffen. Wo es, wie in Preußen, an dieser Einheitlichkeit mangelte, entbehrten die örtlichen Preisprüfungsstellen jeder Zusammenfassung ihrer Arbeit sowie jeder Anleitung für ihre Tätigkeit. Diese blieb überdies von vornherein auf die großen Städte beschränkt. Die Landwirtschaft war somit der überwiegenden Tätigkeit der Preisprüfungsstellen fast vollkommen entzogen. Durch die örtliche Beschränkung ihres Machtbereichs wurde ihre Arbeit naturgemäß erschwert und einseitig auf einzelne Teile der Bevölkerung, vorzugsweise den reinen Handel, beschränkt, was von vornherein dessen Widerstand auslösen und verstärken mußte.

Wenn heute die Frage des Fortbestehens der Preisprüfungsstellen erörtert wird, so muß man sich hinsichtlich der Erzeugung und der Einfuhr vor Augen halten, daß eine wirtschaftlich zutreffende Preisberechnung durch die starken Schwankungen in der gesamten Preisbewegung, durch den ständigen Wechsel des Wertes unserer Reichsmark auf dem inländischen und ausländischen Markt sowie durch die fortgesetzten Erhöhungen der Löhne und Gehälter und anderes mehr stark behindert ist. Daher ist die Strafverfolgung wegen nicht angemessener Preisforderung, insbesondere im Hinblick auf den Schutz des guten Glaubens durch die Urteilsverurteilung, vielfach unmöglich.

Der Aufgabe, sachgemäße Preisberechnungen aufzustellen, sind nun allerdings viele örtliche Preisprüfungsstellen nicht gewachsen. Die Behebung dieses Mangels ist aber im wesentlichen eine Personenfrage. Leitung und Zusammenfassung der Preisprüfungsstellen in persönlicher Hinsicht bedürfen vielfach einer Neuordnung. Wo diese nicht möglich ist, würde ich allerdings schon im Hinblick auf die Kostenfrage eine Aufhebung der Preisprüfungsstellen ihrem weiteren Fortbestand vorziehen, da eine Preisprüfungsstelle mit ungeeigneter Leitung und Befugnis zur Bekämpfung des Preiswuchers nicht nur untauglich ist, sondern auch in unnötiger und gefährlicher Weise Handel und Verkehr beeinträchtigt. Diesen Erwägungen tragen auch die Ausführungen meines im Auftrage des Reichswirtschaftsministeriums gehaltenen Vortrages „Wirtschaftspolizei und Preisprüfungsstellen“ Rechnung, in dem ich die Frage einer zweckentsprechenden Abgrenzung der Arbeiten der Preisprüfungsstellen und Polizeibehörden behandelt habe. Dort hatte ich vorgeschlagen, den lediglich den Ermittlungen dienenden, reinen Vollzugsdienst der örtlichen Preisprüfungsstellen auf die örtlichen Polizeibehörden zu übertragen. In diesem Sinne ist auch das Reichswirtschaftsministerium seit langem tätig. Bereits auf der Tagung der deutschen Preisprüfungsstellen zu Coburg im Oktober vorigen Jahres hat der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums den Preisprüfungsstellen eindringlich eine Uebernahme der polizeilichen Vollzugsfunktion empfohlen. Die Hauptaufgabe der Preisprüfungsstellen, einen Vertrauenskörper der gesamten Bevölkerung als Ausgleichsstelle der Interessengegenstände der Verbraucher auf der einen, sowie der Händler und Erzeuger auf der anderen Seite zu bilden, erscheint unvereinbar mit rein polizeilicher Vollzugsfunktion.

Was die mittleren Preisprüfungsstellen anlangt, deren Notwendigkeit der eingangs erwähnte demokratische Antrag nicht bestritt, so könnten sie späterhin gemeinsam mit den städtischen Beamten auf die neu zu schaffende Wirtschaftsverfassung unseres Reiches und deren Organe übergeben, mögen diese nun Bezirkswirtschaftsräte oder sonstwie heißen. Eine Zusammenfassung der gesamten wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes ist aber angesichts unseres Zusammenbruchs und der Ansprüche des Feindbundes unbedingt notwendig.

Bedingt die vielfach vertretene Forderung auf Aufhebung der Preisstreikverordnungen, falls sie erfüllt werden sollte, allerdings den Bestand der Preisprüfungsstellen in Frage stellen, weil da-

mit der weitaus größte Teil ihrer Aufgaben in Fortfall käme. Die Aufhebung der Preisstreikverordnungen erscheint aber unmöglich, solange die Staatsgewalt im Innern nicht voll gefestigt und die Gefahr politischer Unruhen nicht nicht gebannt ist. Solange große Lohnbewegungen mit Aussperrungen und Generalstreiks, solange Vertiefungen aller Art fortgesetzt im Bereiche der Möglichkeit liegen, kann die Masse der Verbraucher nicht einem hemmungslosen Gewinnstreben der Erzeuger und Händler ausgeantwortet werden. In dieser Hinsicht verweise ich auf meinen Aufsatz in Conrad's Jahrbüchern: „Die Preisbewegung der wichtigsten Bedarfsgegenstände in Groß-Berlin während des Kapp-Puiches“, in der die schamlosen Preisstreiber von Berliner Ladenbesitzern aus jenen Tagen dargestellt sind.

Das Bestreben auf Aufhebung der Preisprüfungsstellen ist, wenn man deren noch immer nicht vollkommen befriedigende Einstellung auf eine polizeiliche Tätigkeit berücksichtigt, verständlich. Wie überall, so würden aber auch hier Handel und Industrie ihr Ziel eher durch schaffende Arbeit erreichen, als durch Rätelrätsel und Kargeln. Allein berufstätige Selbstverwaltung kann die Arbeit der Preisprüfungsstellen entbehrlich machen. Die Wirtschaftsverbände der einzelnen Gewerbebezüge müssen Grundfähige für die Aufstellung der Preisberechnungen und Richtsätze für die Preise der wichtigsten Bedarfsgegenstände herausgeben. Diese müßten in den Tageszeitungen zur Kenntnis der gesamten Bevölkerung gebracht werden, damit sich der einzelne vor Lieferforderungen schützen kann, andererseits aber auch die Öffentlichkeit zu den sich aus diesen Preisforderungen für den einzelnen Kaufmann ergebenden Gewinnfragen Stellung zu nehmen vermag. Daneben müßten dann die großen zentralen Organisationen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie besondere Stellen zur Nachprüfung dieser Richtsätze der einzelnen Gewerbebezüge einlegen, damit diese bei ihren Preisforderungen der wirtschaftlichen Gesamtlage und der Kaufkraft der Verbraucher eingehend Rechnung tragen. Das ist notwendig, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die einzelnen Fachverbände — man denke nur an die Preis- und Absatzvereinbarungen im Bekleidungsgebiete — zu sehr ihre eigenen wirtschaftlichen Vorteile im Auge haben und daneben die höheren Belange der Gesamtheit leicht außer acht lassen. Die Hauptverbände der Kaufmannschaft müßten auch dazu übergehen, bei Preisüberforderungen den einzelnen Händler zur Strafanzeige zu bringen und auf seine Unschädlichmachung hinzuwirken. Das können natürlich die Fachverbände nur sehr schwer, weil die persönlichen Beziehungen der einzelnen Fachangehörigen vielfach sehr enge sind und einem derartigen Vorgehen hindernd im Wege stehen.

Wenn Handel und Industrie immer klagen, daß ihnen durch wirtschaftliche Unkenntnis und die Unernstunt behördlicher Stellen schwerer Schaden verursacht werde, so kann darauf nur erwidert werden, daß es Ehrenpflicht jedes Berufes ist, den Auswüchsen seiner Berufsangehörigen selbst entgegenzutreten und daß die Staatsgewalt erst in zweiter Reihe, nämlich beim Versagen des Berufes selbst, hierzu berufen ist. Von diesen Gesichtspunkten aus habe ich auch gelegentlich der zweiten Tagung des Beirates des Preussischen Kriegswirtschaftsrates im Sommer 1917 an den Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages die dringende Aufforderung gerichtet, im Wege der berufstätigen Selbstverwaltung Einrichtungen zur Begutachtung von Preisen zu schaffen und die staatlichen Behörden mit Strafanzeigen und sonstigen Maßnahmen im Kampfe gegen Preisausbreitungen zu unterstützen. Das ist aber nicht geschehen, obwohl die Möglichkeit hierzu meines Erachtens gegeben war. In dieser Beziehung sei nur auf das Wirken des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sowie des Vereins gegen das Bestechungsunwesen verwiesen, welche bei der Bekämpfung der Bückshops und der Korruption zum Besten der Allgemeinheit und nicht zuletzt auch des Handels und der Industrie Vorbildliches geleistet haben. In vollster Öffentlichkeit werden die Richtsätze über die für notwendig und angemessen erachteten Gewinnsätze aufzustellen und deren Einhaltung selbst zu überwachen sein. Wer sich solchen von den eigenen Berufsgenossen aufgestellten Forderungen nicht fügt, müßte von den Berufsvertretungen öffentlich gebrandmarkt werden. Von diesem Mittel hat die Kaufmannschaft z. B. in der Vorkriegszeit gegen diejenigen Gebrauch gemacht, die bei Verlusten aus Börsengeschäften den Differenzverwand erhoben haben. Damals hat die Kaufmannschaft zur Selbsthilfe gegriffen gegenüber denjenigen, welche sich so, allerdings in unschöner, aber doch gesetzlich zulässiger Weise gegen Ansprüche aus verfallenen Börsenunternehmungen geschützt haben. Es ist Ehrenpflicht des ehrbaren Kaufmannes, mit denselben Kampfsmitteln gegen diejenigen vorzugehen, der in moralisch unverantwortlicher, durch die Gesetze unseres Landes unter Strafe gestellter Weise aus der Not der armen und ärmsten Volksgenossen übermäßigen Nutzen ziehen und seine eigenen Taschen bereichern will. Dieses Streben würde die Unterstützung der gesamten Öffentlichkeit, insbesondere der breitesten Schichten aller Verbraucher finden. Hier sünden Handel und Industrie ein reiches Feld nährdrin-

gender Arbeit. Falls es, wenn aus diesen Kreisen die Befestigung der Preisprüfungsstellen gefordert und für den Fall der Erreichung dieses Zieles eine Prüfung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Preisstreiber in Aussicht gestellt wird. Der umgekehrte Weg ist der richtige. Erst müssen die berufstätigen Beteiligungen im Wege der Selbstverwaltung die erforderlichen Maßnahmen ergreifen und sie zu einem wirksamen Verbraucherschutz ausbauen. Dann allerdings würden die Preisprüfungsstellen von selbst überflüssig werden und der Staat froh sein, gerade im Hinblick auf diese Selbstverwaltung von weiterer staatlicher Tätigkeit auf diesem so umstrittenen Arbeitsgebiete Abstand nehmen zu können.

Groß-Berlin Wie lange noch?

Immer wieder haben wir festzustellen, daß es Behörden gibt, die dreist sich heute noch „königlich“ oder „kaiserlich“ nennen. Wir können nicht alle uns hierüber zugehenden Mitteilungen wiedergeben, aber von Zeit zu Zeit wollen wir doch eine Auslese daraus veröffentlichen.

Daß Postämter noch in Hausinschriften sich als „kaiserlich“ bezeichnen, ist uns wieder mehrfach gemeldet worden. Man sieht solche Inschriften z. B. in Berlin am Postamt W. 9 (beim Potsdamer Bahnhof), in Lichterfelde-Ost (Bismarckstraße), in Köpenick. Auch über den Gebrauch eines Handstempels, der einem Postamt noch die „Kaiserlichkeit“ bescheinigt, wird uns berichtet. Das ist noch in diesem Monat Juni auf dem Postamt Berlin 21 (Turmstraße) vorgekommen. Ebenso ist noch in diesem Monat Juni auf dem Postamt Berlin 65 (Razareitstraße) ein Postausweis mit dem Stempel „Kaiserl. Deutsches Postamt“ ausgefertigt worden. In Tirol, wo der Inhaber den Ausweis benutzen will, wird man Augen machen. Vor einiger Zeit berichtete ein bürgerliches Blatt, daß der preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung über einen Beamten der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin eine Geldstrafe von 300 M. verhängt habe, weil in dem Vorwort eines Berichtes der Hochschule das Wort „königlich“ nicht durchstrichen worden war. Wir glauben nicht, daß gegen den Beamten bei der Post sehr verbreiteter Unfug, ihre ehemalige „Kaiserlichkeit“ zu konfiszieren, der Reichspostminister schon mal in ähnlicher Weise eingeschritten ist. Auch andere Behörden möchte man manchmal fragen, ob ihnen nicht bekannt ist, daß es verfassungsgemäß im Deutschen Reich und seinen Bundesstaaten keine Monarchie mehr gibt. Als „königlich“ hat das Amtsgericht Angermünde sich noch im März 1921 durch Handstempel bezeichnet, und vielleicht ist dort noch heute dieser Stempel in Gebrauch. Zu Pillupönen in Ostpreußen gebraucht der Pfarrer noch einen Handstempel, der die dortige Kirche eine „königliche“ nennt. Uebrigens ist auch dem Polizeipräsidenten Berlin zu empfehlen, daß es ältere Bekanntmachungen zeitgemäß abändert. In ihrer ehemaligen „Königlichkeit“ präsentiert sich diese Behörde noch auf einer Tafel, die an der abschüssigen Veteranenstraße steht und „Schritt fahret!“ gebietet. Von der preussisch-ostpreussischen Grenze wird uns gemeldet, daß eine Grenztafel (und wahrscheinlich nicht nur diese eine) noch von einem „Königreich“ Preußen erzählt. Die Preussische General-Lotterie-Direktion soll, wie man uns schreibt, noch auf ihren jetzt zur Ausgabe kommenden allerneuesten Losen im Stempel sich „königlich“ nennen. Da ist es kein Wunder, daß auch ein Lotterieteilnehmer in der Büchingerstraße auf einer gedruckten Postkarte noch „königlich“ heißt. Bei einem Lotterieteilnehmer in der Bondestraße darf man den Titel „königlich“ noch in seinem an der Hausfront angebrachten Schaukasten bewundern.

Niemand wird uns glauben machen, daß solche Dinge nur aus Nachlässigkeit zu erklären seien. In manchen Fällen können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß eine Verböhrnung beabsichtigt ist.

Untersuchung schwebt!

Einigermaßen zögernd und noch immer sehr vorsichtig äußert sich jetzt eine amtliche Meldung zu dem geheimnisvollen Tode des Oberwachtmeisters Buchholz von der Schutzpolizei. W.D. teilt mit: Zu dem Falle des Oberwachtmeisters Buchholz teilt das Polizeipräsidentium amtlich mit, daß die Untersuchung auf Grund der hier angeordneten eingehenden Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft schwebt.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Der Justizrat wiegte den Kopf. „Eigentlich kommt mir in meiner Privatwohnung jeder unangelegener, besonders dann, wenn er Geschäfte zu haben vorgibt.“

„Es war mir peinlich, Sie in Ihrem Bureau aufzusuchen,“ murmelte Reischer.

„Nun also,“ rief der Justizrat aus, „wenn Ihnen das peinlich war, dann kommen Sie doch als entlassener Sträfling!“ Reischer wurde rot. Zorn und Scham nahmen ihm die Stimme. „Nun, so gehe ich wieder,“ sagte er rauh.

Der Justizrat sah ihn mit einem unbeschreiblichen Lächeln an und machte ihm ein befehlendes Zeichen. „Bleiben Sie,“ forderte er ihn auf. „Es ist unbedingt nötig, daß Sie bleiben!“

„Warum?“

„Weil es nötig ist. Weil Sie gerade jetzt jemanden brauchen, der Ihnen das sagt, was Sie erfahren müssen. Und der es Ihnen so sagt, daß Sie es verstehen.“

Er hatte sich erhoben und zwang den Unschlüssigen auf einen Stuhl nieder. Er bot ihm eine Zigarre an und verzögerte ihn halbwegs wieder, indem er ihm mit einigen Scherzworten Feuer gab. „Gestehen Sie es doch,“ drang er noch halb scherzhaft auf ihn ein, „daß Sie voller Haß sind. Wie?“

Reischer sah schweigend zur Seite.

„Aber voller Haß, der kein Ziel hat. Oder doch eines, das absurd ist. Denn Sie hassen die ganze Welt.“

„Durchaus nicht,“ warf Reischer widerwillig ein.

„Nicht die ganze Welt? Also wen? Wen hassen Sie?“

„Aber der andere schwieg.“

„Also doch: die ganze Welt! Ich weiß es. Sie sind nicht der erste, der aus dem Gefängnis kommt und dem ich das sage. Aber Sie sind ein Beförderer, denn Sie sind reich und haben die Mittel, Ihren Haß in die Tat umzusetzen. Und das wäre vielleicht bedauerlich. Bedauerlich für die Menschen und noch bedauerlicher für Sie!“

„Sie täuschen sich,“ sagte Reischer spöttisch, „ich will nicht kämpfen. Ich hasse die Menschen nicht, sie interessieren mich nicht einmal. Ich will nur meine Ruhe. Sonst nichts.“

„Ja, das glauben Sie! Das glauben Sie die erste Stunde, als Sie aus dem Gefängnis ins Freie traten und der

Gedanke an die plötzliche Freiheit Sie berauschte... Diese erste Stunde! Diese Dankbarkeit! Diese Liebe, die zunächst auch gar kein Ziel hat und die sich doch in blinden Haß verwandelt, bei dem ersten hämischen Blick, der zwinkernd zu dem Entlassenen sagt: Ja, dich, — dich kenne ich!“

Der Justizrat sah Reischer scharf an. „Es ist immer dasselbe. Ich kenne das. Sie sind nicht der erste!“

Reischer kreuzte die Beine übereinander und maß den Justizrat mit schadenfroher Erwartung. „Run gut, wenn Sie das alles wissen: was raten Sie mir?“

Der Justizrat kniff die Augenlider zusammen, strich sich die glatt rasierten faltigen Wangen und sagte: „Ich kann Ihnen zweierlei raten, etwas Gutes und etwas weniger Gutes. Der Rat, den Sie weniger ernst nehmen sollen, lautet: Verreisen Sie! Verlassen Sie die Stadt! Für immer oder für eine lange Zeit! In der Fremde werden Sie der sein, der Sie sein wollen!“

„Und Ihr zweiter Rat?“

„Mein zweiter Rat, den Sie nur befolgen sollen, wenn Sie sich stark genug dazu fühlen, lautet: Bleiben Sie da! Bleiben Sie da und fürchten Sie sich nicht! Denn die Gesellschaft verachtet Sie nur so lange, bis sie sieht, daß Sie sie selber verachtet!“

Der Justizrat beschrieb mit den Händen einen Kreis, der die Abgeschlossenheit seiner vier Wände andeutete. „Sehen Sie mich an,“ fuhr er fort. „Seit einem Menschenalter lebe ich zwischen diesen vier Wänden und gestatte niemandem, der mir nicht paßt, hier einzutreten. Schaffen Sie sich einen gleichen Raum. Einen Raum, den zu betreten niemand das Recht hat. Was geschehen ist, ist geschehen, es liegt hinter Ihnen und Sie müssen fertig damit sein. Nun beginnen Sie ein neues Leben. Da es andere Voraussetzungen hat, darf es dem alten nicht gleichen. Sie sind ein neuer Mensch, Sie müssen es sein! Sie müssen sich neue Beziehungen suchen. Sie werden sie auch finden. Wenn Ihre Augen streng nach vorwärts gerichtet bleiben, dann werden Sie das, was hinter Ihnen liegt, nicht mehr sehen. Die Vergangenheit wird ausgelöscht sein, und die Zukunft wird das werden, was Sie aus ihr machen!“

„Kann man das?“ fragte Reischer zweifelnd.

„Ob Sie es können, weiß ich nicht,“ antwortete der Justizrat. „Ich habe es gekonnt.“

„Sie?“

„Ach! Und wenn mein Fall auch äußerlich mit dem Ihrigen keine Ähnlichkeit hat, so war er ihm innerlich doch um so verwandter.“

„Das... das müßten Sie mir beweisen,“ stammelte Reischer unbeherrscht, mit der Bier eines Menschen, der, im Begriffe zu ertrinken, sich an einen Strohhalme klammert.

Der Justizrat verank noch tiefer in seinem Klubfessel und schwieg zunächst.

Dann überfiel er den anderen plötzlich mit der Frage: „Was ist nach Ihrer Meinung schlimmer: von der ganzen Welt oder von einem einzelnen Menschen verraten zu werden?“

„Wie?“ fragte Reischer.

„Nun,“ fuhr der Justizrat, indem er die Frage überhörte, rasch fort, „Ihr Fall liegt so, daß Sie sich von der ganzen Welt verraten glauben. Jeder einzelne Mensch, glauben Sie, ist Ihr Feind... Ich frage aber: kennen Sie nur einen Menschen, von dem Sie mit Bestimmtheit wissen, daß er Ihr Feind ist?“

„Nein,“ gab Reischer nach einer Weile zu.

„Und umgekehrt: kennen Sie einen Menschen, von dem Sie mit Bestimmtheit wissen, daß er Ihr Freund ist, — Ihr wirklicher Freund?“

„Einen weiß ich,“ sagte Reischer langsam, „einen, — ja!“ Die knöchernen Hände des Alten trampften sich zu spitzigen Klüften zusammen. „Einen? Gut. Und glauben Sie an seine Freundschaft?“

„Ja, ich glaube daran.“

„Fest?“

„Fest. Ganz fest.“

Der Justizrat lachte. In seinem Lachen war ein ungeschöner, bleichener Ton. „Und wenn dieser Freund... dieser eine... dieser einzige Freund — Sie doch eines Tages verrät?“

Die Frage war mit mühsam verhüllener Bitterkeit hervorgehoben worden. Sie klang in einen heiseren Schrei aus, und dieser Schrei blieb in einem langen und schwülen Schweigen stecken.

Reischer streckte ein wenig den Kopf vor, um den Alten zu betrachten. Dessen Kopf war zur Seite gesunken und lag bleich und schlaff auf dem braunen Leder des Klubstuhls. Die Lider waren wachsern und greisenhaft schwer über die Augen gefallen.

(Fortf. folgt.)

Schluß der Beweisaufnahme.

In der gestrigen Fortsetzung der Beweisaufnahme im Hölg-Prozess berichtete Zeuge Unterwachtmeister Franke über den Beginn des Feuergefechts am Otto-Schacht, über die Bedrängnis, in welche die Mannschaft der Sipo bei der Uebermacht der Kommunisten geraten war. Der Zeuge ist mit mehreren Kameraden in die Hände der Kommunisten geraten und ist verprügelt worden. Es ging dann weiter nach Klostermansfeld, unterwegs wurde an einem Orte Halt gemacht, wo ein Aktionsauschuß bestellte, daß sie

zum Tode verurteilt

seien. Als der Zeuge um Wasser bat, um sein Blut abzuwaschen und zu trinken, wurde ihm gesagt: Ihr könnt Spartakistenblut saufen! Unterwegs wurden sie von einem Lastauto eingeholt, auf dem Hölg mit schwerbewaffneten Kommunisten saß. Die Gefangenen wurden ihm vorgeführt und er fuhr sie an: „Wissen Sie, wer ich bin? Ich bin Hölg, damit Sie es wissen! Was Ihnen passiert, wissen Sie ja!“ In Wimmelburg widersetzte sich der Betriebsrat des Otto-Schachts bzw. der Pförtner Schettler energisch der Erschießung, und es kam zu einer erregten Szene. Inzwischen wurde der Wachmeister Ergleben nach Eisleben geschickt, um als Parlamentarier aufzufordern, die Waffen zu strecken. Einem Zivilisten wurde einfach das Fahrrad weggenommen, und als der Mann sagte: „Es ist ein ganz neues Rad.“ erhielt er von Hölg die Antwort: „Halt's Maul! Ich habe Geld genug, um es zu bezahlen.“ Ergleben wurde gesagt: Wir würden erschossen werden, wenn er nicht innerhalb einer Stunde zurückgekehrt sein würde. Nach der weiteren Befragung des Zeugen ist in Eisleben ein harmlos auf der StraÙe stehender Seminarist mit weißer Mütze von Hölg zu geschlagen worden, daß er zu Boden sank und weggebracht werden mußte. Als dann der Ruf kam: Die Sipo ist im Anmarsch und eine Verwirrung eintrat, gelang es dem Zeugen zu entkommen. Der Angeklagte weist darauf hin, daß dieser von der Anklage als Kronzeuge angeführte Zeuge in der Voruntersuchung etwas ganz anderes ausgesagt habe.

Der Zeuge, Pförtner und Betriebsrat im Otto-Schacht, Schettler hat mit Hölg

ein sehr scharfes Rencontre

gehabt. Als Zeuge sah, wie Hölg die gefangenen Sipoleute heraus-treten ließ und den Befehl gab, sie zu erschließen, und die Leute sich hierzu schüchtern machten, ist Zeuge dazwischen getreten und hat erklärt: „Ich bin hier Betriebsrat und ich duide nicht, daß hier die Leute erschossen werden.“ Hölg erklärte: „Wenn du nicht weggehst, dann lasse ich dich erschießen.“ und setzte ihm die Pistole auf die Brust. Zeuge erwiderte: „Ich gehe aber nicht weg, bis du mir sagst, daß die Leute nicht erschossen werden.“ Hölg sagte nochmals: „Geh weg oder ich schieße.“ Erst als auch die Leute des Hölg selbst Anspruch erhoben, rief Hölg: „Es ist gut, es bleibt dabei, ich lasse sie nicht erschießen, die nehme ich zu anderen Zwecken!“ Als Justizrat Broh eine Frage an den Zeugen stellen will, zieht ihn Hölg an der Robe zurück und drückt ihn auf den Stuhl nieder: „Ich bitte, selbst fragen zu können.“

Staatsanw. Rat Dr. Jaeger: Bezüglich der Glaubwürdigkeit des Zeugen Franke, die hier von dem Angeklagten angezweifelt wird, möchte ich auf folgendes hinweisen: In seiner Vernehmung in der Voruntersuchung erklärte Franke, er selbst sei Sozialist und sage nicht als Beamter, sondern nur als Mensch aus und sage deshalb die reine Wahrheit. Zeuge Franke: Jamohl, das ist richtig. Ich hatte den Bericht nur gemacht, da ich vollständig ausgeplündert worden war und Erfolg für meine Sachen haben wollte. Unser Gehalt als Sipoleute ist nicht so hoch, daß wir

jedem Kommunisten so ohne weiteres 210 M. schenken können, wie mir gestohlen worden sind.

Zeuge Polizeimajor Follen stellte dem Wachmeister Franke das Zeugnis eines sehr zuverlässigen und tüchtigen Beamten aus, der seinerzeit, als er aus der hölgischen Gefangenschaft entwichen war, infolge der Schläge auf den Kopf, völlig deprimiert gewesen sei.

Auf Fragen der Verteidiger, ob sich der Zeuge Zigarrenhändler Beyer aus Helbra ihm angeboten habe, Hölg heimlich um zu bringen, erklärt Zeuge Follen, daß Beyer sich ihm angeboten habe, mit einigen Sipoleuten in Zivil durch die Sperrlinie, die an einer Stelle nur von „zwei dummen Jungen“ bewacht werde, Hölg gefangen zu nehmen. Von Umbringen oder Ermorden war nicht die Rede.

Zeugin Olga Richter machte Bekundungen über die Vorgänge bei der

Ermordung des Gutsbesizers Hrg.

Unter der Hölg-Bande habe sie zwei Mann erkannt, mit denen sie zur Schule gegangen. Einer von diesen beiden, namens Reinhausen hielt Hrg mit der Aufforderung, die Schlüssel zum Tor herauszugeben, den Revolver vor das Gesicht. Angekl. Hölg: Ist nicht noch ein Mann nachher auf den Hof zurückgekommen und hat geköhrt: Hättest du nicht zuerst geschossen, dann würdest du nicht erschossen. Zeugin: Davon weiß ich nichts. Angekl. Hölg: Ich frage den Staatsanwalt, ob Frau Hrg nicht zuerst selbst abgegeben hat, daß ein Arbeiter ausgerufen hat: Hättest du nicht zuerst geschossen, dann würdest du nicht erschossen.

Staatsanw. Rat Dr. Jaeger: Auf den unerschämten Ton, den der Angeklagte anschlägt, hätte ich keine Veranlassung zu antworten. Ich habe diese Äußerung von Frau Hrg wirklich nicht gehört.

Angekl. Hölg: Sie sind mir genau so ein unerschämter Lügner wie alle anderen.

Der Vorsitzende tritt dem Angeklagten sehr scharf entgegen.

Angekl. (hohnlachend): Die Hauptsache ist, daß die Sache gut klappt.

Zeugin Reichert, ebenfalls vom Gut, hat auch nicht gesehen, wer geschossen hat. Sie bestätigt dem Angeklagten aber, daß hinterher ein Sanitätler gesagt habe: Wenn du nicht zuerst geschossen hättest usw.

Als Sachverständiger wird Büchsenmacher Bod vernommen über die in den Körper des Ermordeten vorgefundenen Geschosse. Er begutachtet, daß die Geschosse nur Militärgeschosse sind; es sind unbedingt Teile von einem Geschoss, von dem der Mantel angefeilt war — es waren sogenannte Dum-Dum-Geschosse. Einzelne Kugeln stammten nicht von Gewehren, sondern von Pistolen her. Aus den Akten ist zu ersehen, daß auch von den medizinischen Sachverständigen festgestellt worden ist, daß zweierlei Geschosse verwendet worden sind, nämlich ein 8-Millimeter-Geschoss und ein Pistolengeschoss von 7,5 Millimeter.

Die Verteidiger suchen einige Widersprüche des Sachverständigen mit denen der medizinischen Sachverständigen festzustellen. Sachverständiger Bod bleibt aber auf Grund seiner Kenntnis als Jäger und Büchsenmacher bei seinen Vorlegungen.

Weitere Zeugen sind nicht mehr vorhanden. Justizrat Broh beantragt noch, die beiden Wachmeister Ergleben und Wille aus Magdeburg zu laden.

Der Gerichtshof beschließt die Ladung dieser beiden Zeugen auf Mittwoch 9 1/2 Uhr. Im Anschluß an deren Vernehmung sollen dann die Plädoyers beginnen.

Der Verbandstag nahm ferner ein Referat von Peter Mehrens-Frankfurt a. M. über die „Entwicklung und die Tätigkeit der Lehrlingsabteilung“ entgegen. Dieser verlangte besonders Mitbestimmungs- und Ueberwachungsrecht der Gehilfen bei der Unterbringung und Ausbildung der Lehrlinge. Er begründete eine längere Resolution hierzu, der der Verbandstag nach einer Aussprache auch zustimmte. Es wird darin ausgesprochen, daß der größte Teil der Lehrlinge im Malergewerbe noch unter außerordentlich ungünstigen Verhältnissen leidet, und eine grundlegende Milderung unbedingt notwendig sei.

Organisierung förmlicher Lehrlinge

In der Jugendabteilung des Verbandes wird als notwendig bezeichnet. Die Generalversammlung hält ferner die schleunigste gesetzliche Regelung des gesamten Gebietes der Jugendfragen für eine der wichtigsten Aufgaben. Sie verurteilt den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter, da für Lehrlinge und Jugendliche darin eine (mit den Pfllichtstunden) 54stündige Höchstarbeitszeit vorgezogen ist.

Zum nächsten Gewerkschaftskongress werden dem Vorstand und der Redaktion je eine Vertretung zugestanden und als Delegierte außerdem gewählt Jakob-Berlin, Buch-Hamburg, Buch-Köln und Böker-Berlin.

Bei der Wahl des Vorstandes, des Redakteurs, der Bezirksleiter und des Obmanns des Ausschusses wurden die bisherigen Funktionäre gegen 6 Stimmen wiedergewählt. Die Kommunisten erklärten, daß sie nicht aus persönlichen Gründen gegen die Wiederwahl des Vorstandes gestimmt hätten.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Streike schloß ihn mit der Aufforderung zur weiteren tatkräftigen Mitarbeit für den Verband.

Wirtschaft

Zulassung von Genossenschaften zum Depot- und Depotengeschäftsbetriebe. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat vor kurzem, wie der amtliche preussische Pressedienst mittelt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Regulierungspräsidenten auf Grund des Gesetzes gegen die Kapitalflucht ermächtigt, eingetragene Genossenschaften, die einem Revisionsverbande gemäß § 54 ff. des Gesetzes betreffend die Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 20. Mai 1898 angeschlossen sind, auf Antrag zum Depot- und Depotengeschäftsbetrieb zuzulassen. Ausgenommen sind diejenigen Genossenschaften, welche am 16. Januar 1920, dem Tage des Inkrafttretens der zweiten Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 14. Januar 1920 noch nicht in das Genossenschaftsregister eingetragen waren und deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht.

Beseitigung der Tabakbewirtschaftung. Durch eine demnächst erscheinende Bekanntmachung über die Aufhebung der Bewirtschaftung von Rohtabak werden, wie den P.P.N. mitgeteilt wird, die zwangsrechtlichen Bestimmungen beim Tabak vom 1. Juli 1921 ab aufgehoben. Damit wird die in der Rohtabakverordnung vom 10. Oktober 1916 angeordnete Befehlsgewalt des inländischen und ausländischen Tabaks beseitigt. Es fällt damit auch die zurzeit noch bestehende Kontingentierung der Tabakindustrie fort. Da gleichzeitig auch die Beschränkungen in der Einfuhr von Rohtabak vom 1. Juli 1921 ab in Wegfall kommen, ist künftig die Tabakindustrie durch behördliche Maßnahmen im Einkauf und in der Verarbeitung nicht mehr behindert. Durch Aufhebung der Tabakzwangsbewirtschaftung werden jedoch die im Tabaksteuergesetz enthaltenen Bestimmungen nicht berührt.

Keine Verhandlungen zwischen Stinnes und Sowjetrußland. Zu der am Sonntag veröffentlichten Erklärung der Stinnes-sowjet-russischen Handelsvertretung macht uns der Korrespondent des

„Daily Herald“ aufmerksam, daß die von der „Dena“ in veränderter Form übermittelte und von der Sowjetvertretung dementierte Meldung im „Daily Herald“ nicht als Interview bezeichnet war, sondern als autorisierte Nachricht. Das ist sie auch in der Tat gewesen. Die weiteren Bemerkungen des „Daily Herald“ stützen sich auf sehr eingehende Informationen und werden aufrecht erhalten.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens betrug nach einer ZTB-Meldung (einschl. der linksrheinischen Becken) nach den endgültigen Feststellungen:

	Gesamt-	Zahl der arbeitstäg.
	Förder.	Förder.
Mai 1921	6 954 607	23 1/4
April 1921	7 694 985	26
Februar 1921	8 174 606	24
Mai 1913	9 261 445	24 1/4

Die arbeitstägliche Förderung, die schon im April 1921 im Vergleich zum Februar (dem letzten Ueberprüfungsmonat) um rund 37 000 Tonnen gesunken war, ist im Mai um weitere rund 4500 Tonnen zurückgegangen. Im Mai stellte sich die arbeitstägliche Kohlenförderung (299 128 T.) um rund 41 500 Tonnen niedriger als im Februar (340 609 T.). Ende Mai waren im Ruhrbergbau 545 384 Arbeiter beschäftigt gegen 542 598 Ende April.

Oberschlesiens wirtschaftliche Bedeutung. Unter dem Titel „Die ober-schlesische Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft“ ist jetzt eine von der Handelskammer Breslau herausgegebene Denkschrift erschienen. In prägnanter Form werden darin nach einmal alle Gründe historischer, ethnologischer, wirtschaftlicher und politischer Art zusammengefaßt, die für ein Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland sprechen. Mit Recht wird zum Schluß darauf hingewiesen, die Gerechtigkeit verlange, daß Oberschlesien als natürliche wirtschaftliche und kulturelle Einheit betrachtet und mit seiner in der Volksabstimmung erzielten starken deutschen Majorität Deutschland zugewiesen werde. Polen kann Oberschlesien entbehren, denn es hat Kohlenföhrer über sein Bedürfnis hinaus. Das deutsche Wirtschaftsleben dagegen muß erliegen, wenn es Oberschlesien verliert. Das Urteil aller ehrlich und gerecht Denkenden kann nur lauten: Oberschlesien ist unentbehrlich für den Wiederaufbau und kann seine Aufgabe nur erfüllen, wenn es bei Deutschland verbleibt, wie es die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit, der Vertrag von Versailles und die Zukunft Europas erfordern.

Ermäßigung der Stahlpreise in Sicht. Die Z.T.B. erfährt, beabsichtigt der Roheisenverband mit Rücksicht auf die vom Siegerländer Eisensteinerwerb beschlossene Herabsetzung der Eisensteinerpreise eine entsprechende Ermäßigung der Preise für Stahl und Spiegeleisen eintreten zu lassen. Ueber das Ausmaß der Preisermäßigung soll demnächst Befehl gegeben werden.

Gründung einer deutsch-russischen Transportgesellschaft. Wie der Korrespondent der Dena berichtet, hat die unter Führung der Hamburg-Amerika-Linie erfolgte Gründung einer „Deutsch-russischen Transportgesellschaft m. b. H.“ in Hamburger Börsen- und Schiffahrtskreisen überraschend gewirkt. Nach Informationen des Dena-Berichters wird die Gesellschaft ihren Hauptsitz in Berlin haben, jedoch schon in aller Kürze ein Zweigbüro in Petersburg eröffnen. Die Leitung des Unternehmens beruht auf paritätischer Grundlage. — Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Neugründung als eine Auswirkung der Reorientierung in den deutsch-russischen Handelsbeziehungen auffaßt.

Die Deutsche Bank in Amsterdam. Die Eröffnung der Filiale der Deutschen Bank in Amsterdam wird voraussichtlich nächste Woche erfolgen.

Der englisch-russische Handel setzt sofort kräftig ein. Die Regierung teilte im Unterhaus mit, daß seit Unterzeichnung des Handelsabkommens für 512 056 Pfund Sterling Waren nach Rußland ausgeführt wurden. Ferner sind für 347 122 Pfund Sterling Waren nach England ausgeführt worden, die, wie man annimmt, zum größten Teil für Sowjetrußland bestimmt seien.

Frankreichs günstige Handelsbilanz. Die Warenzufuhr nach Frankreich wies in den ersten fünf Monaten des Jahres 1921 den Betrag von 8 1/2 Milliarden Frank auf. Das bedeutet gegen die Einfuhr in den gleichen Monaten des letzten Jahres eine Verminderung von 1 Milliarde Frank. Die Ausfuhr Frankreichs betrug im gleichen Zeitraum 9 Milliarden Frank, das sind 1 Milliarde Frank mehr als in den ersten fünf Monaten des Jahres 1920.

Aus der Partei.

Die Bildungsarbeit der Partei.

Für die Provinz Brandenburg fand am Sonntag in Berlin eine Konferenz der örtlichen Bildungsausschüsse und Parteivereine statt, die sich mit dem Wiederaufbau des Bildungswesens im Bezirk beschäftigte. Bezirksparteiessenretär Krüger gab einen Bericht über den Stand des Bildungswesens im Bezirk, aus dem hervorging, daß im Vergleich zur Zahl der Parteivereine eine äußerst geringe Zahl von Bildungsausschüssen besteht. Nach einem Referat des Genossen Weimann vom Zentralbildungsausschuß über „Grundsätzliche und praktische Bildungsarbeit“ und einer sich anschließenden lebhaften Aussprache wurden dessen Vorschläge über die Organisation des Bildungswesens im Bezirk Brandenburg einstimmig gutgeheißen. Gleichzeitig wurde die Wahl eines Bezirksbildungsausschusses für die Provinz Brandenburg vorgenommen, der die Organisation der Bildungsarbeit für den nächsten Winter halbjährig in die Wege leiten soll.

Der deutsche Städtetag. Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zum Deutschen Städtetag in Stuttgart treten am Mittwoch, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr im Kleinen Saal des Metallarbeiterheims beim Stadtpark, Rangstr. 33, zu einer Vorbereitungsversammlung zusammen. Die Vertreter sind hiermit eingeladen, zu erscheinen.

Soziales.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts in Krankenversicherungssachen

Ist abermals zurückgegangen. 1920 gingen nur 157 Revisionen ein (gegen 172 im Jahre 1919). Das Rechtsmittel wurde eingelegt: von Versicherten in 93 (114), von Krankenkassen in 62 (55), von Gemeinden oder Armenverbänden in 2 (0) Fällen. Mit den aus dem Jahre 1919 übernommenen Sachen standen 227 zur Entscheidung. Davon wurden erledigt: durch Urteil 135 (144) und durch Verfügung, Zurücknahme des Rechtsmittels ufm. 39 Revisionen. Unerledigt blieben 53 Revisionen. Von den 135 Urteilen lauteten 79 auf Zurückweisung (darunter von Versicherten 50, von Krankenkassen 28 und von sonstigen Berechtigten 1). Erfolgreich waren 13 Revisionen (7 von Versicherten und 6 von Krankenkassen). In 43 Fällen wurde auf Zurückweisung an eine Vorinstanz erkannt (darunter Revisionen der Versicherten 23, der Krankenkassen 19 und der Armenverbände 1).

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Spröde Haut wird sammetweich, zart, rosig und elastisch bei täglichem Gebrauch der seit 25 Jahren bewährten Myrrholin-Seife.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung „Aparthe Neuheiten“ Verkauf meterweise G. m. b. H. Gertraudenstraße 29-31

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Die Walküre 3 Uhr

Schauspielhaus König Richard III. 7 Uhr

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele Zum 1. Male 7 1/2 Uhr: Zwei glückliche Tage

Gr. Schauspielhaus (Karlsruhe) 7 1/2 Uhr: Die Weber (Aul. Abonn.)

Königgrätzer Str. Täglich 7.30 Uhr: Mit dem Feuer spielen

Maria Orska Charlotte Schultz Johannes Riemann Paul Bildt

Berliner Theater Allabendlich 7.30 Uhr: DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus 7 1/2 Uhr: Der blonde Engel

Jionka Deutsches Opernhaus

Rheingold Friedr. Wilhelmstr. Th. 7 1/2 Uhr: Die Kleine aus der Hölle

Reigen Kleines Theater 7 1/2 Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum

Die spanische Pilete Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die blaue Mazur

American-Girl Neues Volkstheater 7 Uhr: Die Lokalbahn

Schiller-Theat. Charl. 7 1/2 Uhr: Der ehemalige Leutnant

Scherben Drama in 5 Tagen Turnstr. 12

Mascottchen Th. am Nollendorfsplatz 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Der Rangierbahnhof Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!

Rosen von Herm. Sudermann Th. d. Kommandantenstr. 7 1/2 Uhr: Die goldene Freiheit

Der Kuhreigen Wallyer-Theater 7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise

Komische Oper Operaspielzeit Täglich 7 1/2 Uhr

Alt-Heidelberg Oper von Pacchierotti Stg. 7 1/2 Uhr: Der Barbier v. Sevilla

Volksbühne Theater am Ballplatz 7 U.: Der Bauer als Millionär

Lessing-Theater Allabendlich 7 1/2 Uhr: Die Ballerina des Königs

Deutsches Künstler-Theater 7 1/2 Uhr: Geständnis

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Wo die Schwalben nisten

Folies Caprice Lindenstr. 132 am Oranienb. T. Täglich 8 Uhr: Schlafzimmersgeheimnis

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Täglich 7 1/2 Uhr: Varieté

WINTERGARTEN Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Reichshall.-Theater Stettiner Sänger Anlang 7 1/2 Uhr: Dönhoff-Breitl

Admirals-Palast Th. a. Kottbuser Tor Tel. Moritzpl. 16077 Tägl. 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger

Scherben Drama in 5 Tagen Turnstr. 12

Mascottchen Th. am Nollendorfsplatz 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Der Rangierbahnhof Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!

Rosen von Herm. Sudermann Th. d. Kommandantenstr. 7 1/2 Uhr: Die goldene Freiheit

Der Kuhreigen Wallyer-Theater 7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise

Komische Oper Operaspielzeit Täglich 7 1/2 Uhr

Alt-Heidelberg Oper von Pacchierotti Stg. 7 1/2 Uhr: Der Barbier v. Sevilla

Scherben Drama in 5 Tagen Turnstr. 12

Mascottchen Th. am Nollendorfsplatz 7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Der Rangierbahnhof Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Morgen wieder lustig!

Rosen von Herm. Sudermann Th. d. Kommandantenstr. 7 1/2 Uhr: Die goldene Freiheit

Der Kuhreigen Wallyer-Theater 7 1/2 Uhr: Die Scheidungsreise

Komische Oper Operaspielzeit Täglich 7 1/2 Uhr

Alt-Heidelberg Oper von Pacchierotti Stg. 7 1/2 Uhr: Der Barbier v. Sevilla

LUNA PARK Heute: Volkstag Eintritt 2 M. Kinder 1 M. Doppel-Konzert Dirigent: Musikdirektor Fritz Brase

Trabrennen zu Ruhleben Mittwoch, den 22. Juni, nachm. 3 Uhr 8 Rennen - Preise 104,000 M.

Große Berliner Feinraucher-Zigarre 2 Mark das Stück in Kisten zu 50 St. Reise-Sonderangebot! Imperio, Sumatra-Deck, würzig, 70 Pf.

Dido-Essenz wieder erhältlich Kopp & Joseph Berlin W 50 Potsdamer Straße 122

Alle Kinderfahrzeuge Unübertroffen großes und billiges Lager Andreasstr. 23 am Platz

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zweiwöchentlich zwei fettgedruckte Worte) - Stellensuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig.

Verkäufe Nähmaschinen, Teilzahlung, Kaffeevollautomat, Schiffschimmer, eidenes, edler Plüsch, Kuffelge-Küchen, Herrenzimmer, Schiffschimmer, eidenes, edler Plüsch, Kuffelge-Küchen, Herrenzimmer

Nervöse Schloßfest, Unruhe, Erregungen, Herzbeschwerden werden beseitigt durch Baldern, Baldern, Baldern

Zinn u. Blei sowie alle Aitmetalle kaufen zu Tagespreisen Metallschmelzwerke, Waldemarstr. 74

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 86 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Asthma kann geh. werden. Ganz neues Verfahren. Sprechstunden dch. Spez. Arzt L. Berlin-Steglitz, jed. Mittwoch v. 9-11 u. 4-7 Uhr.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin X 4, Linienstr. 83-85 Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr

Achtung! Achtung! Kollegen und Kolleginnen der Gelb- und Weißmetall-Industrie!

Versammlung am Donnerstag, den 23. Juni, nachmittags 5 Uhr, in 'Altem Festhause', Hasenheide 13 (großer Saal):

Tagesordnung: 1. Was geht in der Metallindustrie vor? 2. Referent: Kollege Gietz, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert!

Hauptgruppenversammlung der Hauptgruppe IV der Metallindustrie (Schrauben, Metallmöbel, Waffen- und Drahtwarenfabrik, Emailierwerke, Eisenkonstruktionsbetriebe, Bau- und Gelbschraffschloßereien).

Tagesordnung: 1. Die Beschäftigungsmöglichkeit für Eisenkonstruktoren und Schloßer. 2. Gruppenangelegenheiten.

Die Creditverwaltung. Bilanz-Konto per 31. Dez. 1920 Aktiva

Preuß. Staats-Lotterie Hauptgew. 1. 2 x 750 000 4 x 500 000 2 x 250 000 4 x 300 000

Ziehung 1. Klasse 12. u. 13. Juli 1921 Lospreise 10 20 40 80 Mark

Hahn Staats-Lotterie Berlin S. 14 Preisenzstr. 79 Postcheck Berlin 31131

Hilfsmotor an jedem Fahrrad anzubringen Preis 3500 M. Prospekt gratis! Vorführung jederzeit!

Präzisionsarbeit für Dauerbetrieb Eingebaute Magnetzündung Fabrikat Zschopauer Maschinenfabrik

Generalvertrieb für Groß-Berlin u. Umgebung: Kleinmotoren-Vertriebsges. m. b. H. Berlin, Potsdamer Str. 123 b. Tel. Karl. 6919

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt Berlin NW 108, Kirchstr. 24 (Sprechstunde 11-1, 3-7, Sonntag 10-12)

Brillanten, Juwelen kauft auch ganze Nachlässe, besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs

Amsterdamer Diamantenschleiferei Geogr. 1892, 160 Friedrichstr. 160

Barzellen günstige Lage, verkauft billig Streifenm. Werner, Bahnhof Strausberg, Constantinstr. 7

Als Meisterstellvertreter laden wir einen erfahrenen Automobil-Schlosser oder Techniker

Daimler Motoren-Gesellschaft (Reparaturwerk), Berlin NW 87, Jagowstr. 31/34

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin, Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Redakteur

Karl Rindt Pfm., Raif-Griech-Str. 70 am 17. Juni gestorben ist. Ihre tiefsten Beileiden!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönholzer-Deihs-Ringhofes aus statt.

Weg-Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Bilanz-Konto per 31. Dez. 1920 Aktiva

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 2 857,73

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 1 482,96

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 283 414,50

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 48 280,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 2 500,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 184 951,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 4 712,35

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 17 294,31

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 114 922,85

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 54 325,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 113 525,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 490 071,25

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 1 316 276,97

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 343 225,48

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 128 748,70

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 1 418,89

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 789 874,97

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 78 269,16

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 1 916 276,97

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 46 997,05

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 25 022,75

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 40 892,94

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 44 843,31

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 13 460,-

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 533 436,76

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 327 433,05

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 37 421,77

Genossenschaft, Aktiva, Kassen-Konto, 490 031,25

Wir müssen Kohle verschenken.

Paris, 20. Juni. (D.N.) Der „Temps“ meldet, daß die Preisfestsetzung für die deutsche Kohle nach einem Beschluß der alliierten Sachverständigen in Paris auch dann nicht erhöht werden dürfe, wenn Deutschland den Preis für seinen Inlandsbedarf auf das Doppelte und Dreifache hinausschieben würde. Den Versämler Bestimmungen widerspreche es, daß Deutschland die Kohlenpreise für das Inland nur darum erhöhe, um die Zahlungen an die Alliierten steigern zu können.

Heute nämlich bezahle Frankreich und Belgien unsere Kohle zum deutschen Inlandspreis, verkaufen sie zum Weltmarktpreis weiter und streichen unseren Vergleichen die Goldprämie zur besseren Ernährung. Jetzt verbietet sie eine und selbst fürchtbar besterrende Breikangleichung und verlangen gleichzeitig Goldmilliarden ohne Zahl. Es lebe das fair play!

Auslieferung an Korsantyl!

Oppeln, 20. Juni. (W.T.B.) Am 19. Juni wurde von den deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens an die Kommission folgendes Telegramm gerichtet:

Korsantyls „Obersteleischer Wegweiser“ berichtet am 15. Juni über Abmachungen zwischen der Interalliierten Kommission und Insurgenten; als ihr Ergebnis wird u. a. mitgeteilt: „Gleichzeitig mit der Demobilisierung der Insurgenten soll auf dem von der bisherigen neutralen Zone abgegrenzten Gebiet eine

polnische Miliz

ins Leben gerufen werden. Die Anordnungen dazu sind bereits erlassen. Alle von dem Vorkommnisse erlassenen Verordnungen über Verwaltung des Landes, Eisenbahnverkehr usw. bleiben zunächst in Kraft. Die weitere Regelung der Frage bleibt besonderen Verhandlungen vorbehalten.“

Wir haben den Inhalt dieser Mitteilung zunächst für völlig undenkbar gehalten. Inzwischen ist aber bekannt geworden, daß beabsichtigt sei, den

Eisenbahnbetrieb im Oberschlesien den Insurgenten

zu überlassen. Deshalb können wir diese Zeitungsweltung nicht mehr als ganz wahrscheinlich ansehen. Ein solches Abkommen würde dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages zumwiderlaufen. Mit der Zulassung einer polnischen Miliz, mit der Aufrechterhaltung der Verfügungen der sogenannten Behörden der Insurgenten, mit der Befolgung der wichtigsten Eisenbahnbezirke in den Händen der Aufständischen würde die polnische Gewalttätigkeit anerkannt werden. Es würde sich dem schwersten Verbrechen hingeben, wenn sie durch ein solches Abkommen die Pazifizierung und die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens Oberschlesiens zu erreichen hofft. Wir fordern, daß die Kommission die ihr durch den Friedensvertrag anvertraute Regierungsgewalt wieder in ihre Hände bringt und das Land ausschließlich durch die gesetzmäßigen Behörden verwalten läßt.

Kommunistische Geheimdokumente.

Die „Nachrichtenzentrale“ veröffentlicht zwei kommunistische Geheimdokumente, von denen das erste vom „Westeuropäischen Propagandasekretariat“ stammt und sich lebhaft beklagt über die Verwirrung in den Funktionen der Vertretung der Sowjetregierung und der Dritten Internationale. Die Sowjetregierung strebe ein Kompromiß mit dem westlichen Kapital an, auf das die Dritte Internationale auf keinen Preis eingehen dürfe. Ihre Aufgaben in Westeuropa seien denen der Sowjetregierung jetzt diametral entgegengesetzt. Das westeuropäische Sekretariat müsse alle Beziehungen zu den offiziellen Vertretungen Sowjetlands abbrechen, um sich die Hände freizumachen. Ein selbständiger Kurierdienst und eine selbständige Finanzagentur seien unterzüglich einzurichten.

Das zweite Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

Aus dem Geheimbericht der Berliner Sowjetmission.

Die ungenügend und ohne einheitlichen Plan vorbereitete, von verängstigten Gruppen der kommunistischen Partei geleitete Arbeiterbewegung hat im Endeffekt der Sache der kommunistischen Partei nur geschadet, indem sie die deutsche kommunistische Partei in eine ganze Reihe von Stuppen spaltete, die miteinander konfliktieren und kämpfen auf der Grundlage tatsächlicher, in letzter Zeit aber auch programmatischer Differenzen.

Die schärfste Unterdrückung der Bewegung, die grausamen Repressalien der deutschen Regierung gegen die unbedachten und zerstückelten Aktionen der Führer haben die Stimmung der Arbeiter auf lange Zeit hinaus abgeflacht und eine Lage geschaffen, bei der die Partei keine Hoffnung hat, in Deutschland irgendeine aktive Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen.

Deutschland beschritt jetzt definitiv das Gleis eines allmählichen Lebens, so daß von irgendeiner scharfen Wendung in der Stimmung der deutschen Massen keine Rede sein kann. Im Gegenteil, es ist nur eine langsame Evolution auf dem Wege der Wiedergeburt des alten Regimes möglich. Diesen psychologischen Moment haben die Organisationen der Rechten mit der Orgele an der Spitze richtig ausgenutzt. Die Systemlosigkeit des mitteldeutschen Aufstandes erscheint gleichfalls als die Folge der allgegenwärtigen Orgele, für die es sehr vorteilhaft war, die Bewegung zu provozieren, um die kommunistischen Führer endgültig in Mißkredit zu bringen. Man muß gestehen, daß sie ihr Ziel erreicht hat. Der Mißerfolg des mitteldeutschen Aufstandes fürchte den Boden, auf dem die Saat der Orgele-Propaganda zu gedeihen begann. Wendet sich die Lage nicht durch irgendwelche äußeren Ereignisse, so wird Deutschland bald von neuem eine nationalsozialistische Faust darstellen, die das eigene Proletariat in Sklaverei hält und genau so wie früher die Freiheit seiner Nachbarn und der ganzen Welt bedroht.

Leiter der politischen Abteilung
(Unterschrift unleserlich)
Schriftführer: Sabudowski

Beide Schriftstücke lassen erkennen, daß der furchtbare Verfall der deutschen kommunistischen Bewegung auch der Aufmerksamkeit der Moskauer Zentrale nicht entgangen ist.

Das rote Kärnten.

Klagenfurt, 20. Juni. (W.T.B.) Die Wahlen zum Nationalrat und Landtag sind in Ruhe verlaufen. Die Wahlbereitschaft war nach den bisher vorliegenden örtlichen Ergebnissen gering. Die Sozialdemokraten haben eine überwiegende Mehrheit erlangt, insbesondere im bisherigen Wahlkreisgebiet.

Die österreichische Kabinettskrise. Der Hauptauslöser hat auf Vorschlag des Abgeordneten Seidel (Christl. Soz.) den Wiener Polizeipräsidenten Schoder mit der Bildung des Kabinetts beauftragt.

Schluß der Bayerndebatte.

Der Reichstag hat am Montag zunächst den deutsch-chinesischen Friedensvertrag dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen und darauf die Besprechung der Interpellation betr. die Ermordung des unabhängigen bayerischen Landtagsabgeordneten Gareis fortgesetzt. Abg. Baxille (Dn.): Die Beratung dieser Interpellation ist so lange zwecklos, bis es der Polizei nicht gelungen ist, die Schuldigen an dieser Tat aufzuklären. Was in aller Welt kann die Reichsregierung veranlassen, einer solchen Interpellation den Vorzug zu geben vor vielen dringenderen Beratungsgegenständen, z. B. Oberschlesien? Die Tat wird der Regierung nur deswegen in die Schuhe geschoben, weil diese Regierung sich als Turm in der Ordnung erwiesen hat. Die Regierung

Kahr, der Stolz und die Zierde Bayerns.

wird sich durch keine Angriffe beirren lassen. Es ist aber ohne Beispiel in der Geschichte, daß ein bürgerlicher christlicher Reichstanzler so offen wie vorgestern Herr Birch die Ziele einer Partei fördert, welche die Religion und die Gesellschaftsordnung gewaltsam umstürzen will. (Huhu-Rufe links.) Von Versuchen, die Reichseinheit zu zerstören, habe ich in Süddeutschland nichts bemerkt. Die einzige Rede, welche diesem Zwecke dienen könnte, war die gestrige Rede des Reichstanzlers. (Sehr gut rechts.) Ich wollte eigentlich den Herrn Reichstanzler rein ironisch behandeln, habe aber im Interesse der Würde des Reiches davon Abstand genommen. Die Liebe zur Heimat ist nirgends so heiß wie in Süddeutschland. Im Interesse der Heimat und des Reiches hätte ich gewünscht, daß mein Urteil über diese Regierung hätte anders lauten können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. von Schoch (D. Sp.): Wir verurteilen den Mord an dem Abg. Gareis ganz besonders, weil er ein Reichswehrmord ist. Bisher ist aber kein Beweis dafür erbracht worden, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Die Regierung Kahr hat alle Vorbereitungen zur polizeilichen Verfolgung des Täters getroffen. Für die Ehre des Reiches ist allein das Gericht zuständig. Wir mißbilligen die Auswüchse der Presse. Ein Grund Ihrer Abneigung (nach links) gegen die Einwohnerwehren besteht darin, daß sich auch Arbeiter darin befinden. Sie wollen einen Gedankenaustausch des Arbeiters mit dem Bürger verhindern. Der Reichstanzler hat in seiner Rede seine anfangs ausgesprochene Regel, man dürfe nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen, nicht befolgt. Man mußte dabei den Eindruck bekommen, als sei der Mörder bereits gefaßt, habe eingestanden, die grausame Tat begangen zu haben, und habe seine Motive genannt. Die Rede des Reichstanzlers ließ vollkommen jede Objektivität vermissen. Mit Entrüstung hat er sich gegen die Auswüchse der Reichspressen gewandt, für die der Mordpresse hat er aber keinen Tadel übrig gehabt. Diese Interpellation ist nur ein Mittel zur Großzügigkeit der Verdenschaften. (Beifall rechts.)

Abg. Hamm (Dem.): Reichsregierung und Reichsachtung müssen errungen werden. Unser Volk fordert Gerechtigkeit, statt dessen ließ es auch der Reichstanzler an dem Streben nach Gerechtigkeit fehlen.

Steine statt Brot! Im Falle Gareis — man kann dem Ermordeten ehrliebe Ueberzeugung und ehrliebe Absicht nicht absprechen — wäre, nachdem für die Feststellung des Mörders gar keine Anhaltspunkte gegeben sind, Schweigen geboten. Daran hat es besonders die Linksprelle fehlen lassen. Der Gedanke des Selbstschutzes in Bayern wurde verflüchtigt durch die Möglichkeit eines Zusammenstoßens der deutschen Anarchisten mit den russischen Bolschewisten. Heute sind es wieder keine Hauen, die sich wider sich peddigen. Der Reichstanzler hat sie in seiner letzten Rede gebremst. (Widerpruch rechts.) Es bleibt eine ernste Frage: Was haben die Verantwortlichen in Bayern — und es gibt keine Unverantwortlichen — im bayerischen Landtage getan, um die

Verhältnisse, die seit den Kapp-Tagen dringend einer Reinigung bedürfen.

zu ändern? Wir wollen versöhnend und ausgleichend wirken, sowohl nach rechts als auch nach links. Was hat die Deutschnationale Volkspartei bei uns zur Befriedigung der öffentlichen Meinung und zur Ausrottung des Nationalsozialismus, dieses schlimmsten Auswuchses der politischen Agitation, bisher getan? Was ist auf Ihrer Seite weiter geschehen gegen die wilden Beschimpfungen der Reichs-

regierung, die in ihrer Schädlichkeit gerade bei den primitiven, einfach denkenden Leuten ernst genommen werden? Wie lange soll die Bedrohung der Ordnung auch aus den Reihen der Sozialisten noch währen? Die sozialistischen Führer sind heute nicht mehr so schwach, daß sie des Abfertigungsmittels Generalfreiwild bedürften. Sie rufen mit dem Reichstanzler alle auf zu gemeinsamem Tun, die eines guten Willens sind. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Remmele (Komm.): Nicht Parlamentsbeschlüsse und Reden schaffen solche Vorfälle wie die bayerischen aus der Welt, das können allein die realen Machtmittel der Arbeiterschaft. Die Versicherungen des Reichstanzlers und der bayerischen Regierung sind nur tönende Phrasen. Wie kann man die Kommunisten der Vergiftung der politischen Atmosphäre in Bayern antlagen, während

seit vielen Monaten in Bayern kein kommunistisches Blatt

erscheint, keine kommunistische Versammlung, nicht einmal eine Vorstandssitzung weniger Personen stattfinden darf? Eine Vorleserkonferenz, die sich aus diesen Gründen auf württembergischen Boden begab, wurde von der bayerischen Polizei dorthin verfolgt und die Teilnehmer verhaftet. Jeder Brief an Personen, die kommunistischer Neigungen verdächtig sind, wird geöffnet und des Inhalts beraubt. Von den 7 kommunistischen Landtagsabgeordneten sitzen 4 im Gefängnis. Wenn es sich um die Toten von rechts handelt, spricht man hier von Vergessen und Vergebung; als man aber in der vorigen Woche von der Amnestie sprechen wollte, wo es sich um Vergehen der Arbeiter handelte, hätte man kein Gefühl für Vergebung. Deswegen sage ich, von dem Reichstag und der Reichsregierung haben wir eine Abänderung der ständischen Zustände nicht zu erwarten. Erst nach dem Siege der Arbeiterschaft werden sich die Verhältnisse ändern. (Beifall bei den Kommunisten.)

Vizepräsident Dr. Bell kommt auf einen, auf der Pressetribüne nicht verstandenen Zwischenruf des Abg. Hoffmann (Komm.) zurück: Sie lägen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip, und ruft den Abgeordneten für dieses berüchtelte, wenn auch unbewußte Zitat aus dem Sprachschatz des bayerischen Preussenspeßers Dr. A. B. Sigl zur Ordnung.

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Die Reichseinheit kann nicht gedeihen, wenn Wirtrauen waltet gegen die Politik der einzelnen Länder. Nur mit gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Verständnis ist die Wiederaufrichtung des ganzen Volkes möglich. (Beifall.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund): Wenn die Sozialdemokraten in die Regierung Kahr eingetreten wären, wäre vieles von den bedauerlichen Geschehnissen vermieden worden. Wir Bayern sind gute Kerle (Heiterkeit), alles, was Bayern in schlechten Geruch gebracht hat, ist von Reichsbayern verübt worden.

Kahr und Ordnung darf nicht das Mißbeet sein, wo die Reaktion sonderbare Blüten treibt.

(Große Heiterkeit.) Wenn bei einem neuen kommunistischen Landbewohner-waffenlos sind, so werden sie sich sagen, daß sie das den norddeutschen Säbelrassern verdanken, die den ursprünglichen Charakter der Einwohnerwehren verhängt haben. (Sehr wahr! links.) Die Festzüge der Einwohnerwehren in München und die Reden dabei waren eine lächerliche Provokation. Ich bin kein Freund der Juden, aber die Rassenverehrung der Deutschnationalen findet bei den Bauern keinen Anklang, denn wir wissen, daß die Dunkel früher die Bauern viel schärfer ausgefogen haben als die Juden. Wir müssen alle zusammenstehen, um

Demokratie und Republik

zu schützen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Soldmann (U. Soz.): Wenn man sieht, daß Mörder nicht gefaßt worden sind, die man hätte fassen können, dann kann man auch wenig Vertrauen haben, daß der Mord an Gareis gefaßt wird. Bei revolutionären Mordern hingegen arbeiten die Gerichte mit offener Gewalt. Wir verlangen Gerechtigkeit und wünschen, daß man nicht über politische Morde hier so leicht hinweggeht. Es handelt sich bei dem Streik in Bayern um einen Demonstrationsstreik gegen den politischen Mord, der das Produkt einer wochenlangen nationalen Pressebege ist. (Beifall bei den U. Soz.)

Damit schließt die Besprechung. Dienstag 1 Uhr: Kleine Vorlagen, Reichsmitteltage. Schluß 8 Uhr.

106 Milliarden Jahresbedarf!

Der Reichsrat hielt am Montag abend unter Vorsitz des Ministers Dr. Gradnauer eine öffentliche Sitzung ab. Den aus Etsch-Lothringen verdrängten Beamten, die über 10 Jahre im Landesdienst gemeldet sind, soll zunächst fünf Jahre lang Wartegeld gezahlt werden. Vom 60. Lebensjahr tritt die Pensionierung ein. Beamte, die noch nicht 10 Jahre im Dienst waren, sollen kein Wartegeld, sondern ein Uebergangsgeld bekommen. Ferner sollen die beurlaubten Beamten verpflichtet sein, ein Amt vom gleichen Range auch dann einzunehmen, wenn das Dienstentkommen geringer ist.

Der Reichsrat genehmigte abermals eine Anzahl Nachtragsrats für 1921. Im Etat des Auswärtigen wurden zehn Millionen gestrichen. Ministerialdirektor v. Schlieben erklärte preussischen und bayerischen Einwendungen gegenüber namens der Reichsregierung, daß eine Erhöhung der in den Etat eingestellten Ausgaben für die Schulpolizei nicht in Aussicht gestellt werden könne.

In den Etat des Arbeitsministeriums wurden für die Erwerbslosenfürsorge weitere 200 Millionen Mark eingestellt, so daß die Gesamtausgaben im Etatjahr 1921 für diese Zwecke sich auf 1200 Millionen belaufen.

Der Berichterstatter zum Hauptetat, Ministerialdirektor Sachs, hob hervor, die Erwartung habe sich nicht erfüllt, daß der Nachtragsetat Ersparnisse bringen werde, er bringe vielmehr

Mehrausgaben von insgesamt 17,7 Milliarden Mark.

Sollen die Reparationsleistungen voll erfüllt werden, so beträgt der Jahresbedarf 106 Milliarden Papiermark.

Dazu kommt der gesamte Fehlbetrag für 1921 mit 53,5 Milliarden unter Hinzurechnung des Fehlbetrags des außerordentlichen Etats. Vorausgesetzt, daß der Rußland der Mark sich nicht ändert, müßte also für 159,2 Milliarden Deckung gefunden werden.

Der Reichsrat nahm ferner noch den Gesetzentwurf über die Rohstoffe an. Danach ist bei Einkommen bis 24000 M. die Steuer durch den Lohnabzug von 10 Proz. als gestilgt anzusehen, und nur bei einem höheren Einkommen findet eine besondere Veranlagung statt. Die Berechnung der einbehaltenen Beträge gegenüber der endgültigen Steuer erfolgt später.

Gewaltige Zuschüsse für das Fernsprechwesen

In einem Vortrage, den der Staatssekretär Dredow am Montag in einem Reichstagsabgeordneten anlässlich einer Besichtigung der Fernsprechanlage hielt, kam er u. a. auf die ungeheuren Zuschüsse zu sprechen, die das Fernsprechwesen in Deutschland aus den Mitteln der Allgemeinheit erfordert, und zwar täglich 2 1/2 Millionen Mark! Die ungeheure Wehrheit der Bevölkerung, die sich einen Fernsprecher nicht leisten kann, muß also aus ihren Steuern die Inhaber der Fernsprechanlagen mit unterhalten. Fernsprechen Ministerialdirektor hat seinen Wunsch für zehnmal mehr Geldmitteln im Jahre in Anspruch genommen werden zu mehreren tausend Mark geäußert. Mit vollem Recht verlangte der Staatssekretär, daß der Reichstag diesen Zustand durch die baldige Verabschiedung des Fernsprechgesetzes ein Ende macht.

Deutschvölkische Katholikenheke.

In Staffurt spielt ein gewisser vom Katholizismus zum Protestantismus übergetretener Hottenrott in der antisemitischen Bewegung eine Rolle. Er fühlt sich berufen, dem deutschvölkischen Schuh- und Trugband Konkurrenz zu machen, indem er in nicht mehr ganz neuen Gedankengängen das Judentum für sämtliche schlimmen Folgen des Weltkrieges verantwortlich macht. In einer Erwiderung auf die Ausfälle des Hottenrott wurde von katholischer Seite auf die Abtrünnigkeit dieses Antisemitenhüpfelings von seiner Religion hingewiesen. Das „Staffurter Tageblatt“, das Organ der dortigen Reaktion, antwortete hierauf mit folgenden geschmackvollen Ausführungen:

Weil Hans Hottenrott von katholischen Eltern geboren, getauft und erzogen wurde, darf er also nach Ansicht der Katholiken niemals seine Religion wechseln, wenn er überzeugt ist, daß der Katholizismus die Lehre von Räubern, Mördern, Giftmischern, Betrügen und Spitzbüben ist. Wenn ein Protestant oder Jude — oder Muhammedaner katholisch wird, dann läßt die ganze katholische Augustinerpresse und schreibt: „In den Schoß der allein seligmachenden Kirche zurückgeführt!“ Wenn aber ein Katholik aus gewichtigen Gründen Protestant wird, dann jauchen alle schwarzen Rutenträger und Pfaffen und schreiben „Apostat!“ Die Rutenhengste bilden sich ein, in ihre Arme dürfe man wohl hinein, aber nicht aus diesen herauszuschlüpfen. Wer hinein geschlüpft ist, gesegnet, wer heraus will, ist verflucht!

Diese Ausführungen sind besonders geeignet, die dem rechten Zentrumsflügel angehörenden Katholiken über die Achtung aufzuklären, deren sie sich bei den Deutschvölkischen zu erfreuen haben. Die schlimmsten antisemitischen Böseleien werden durch diese Beschönigung der katholischen Konfession in den Schatten gestellt. Die ganze Kampfmethodik dieses sauberen Organs aber zeigt, wie widerlich es jedem unabhängig empfindenden Menschen sein muß, Glaubenssachen in den persönlichen Meinungskampf hineinzuziehen.

Die jüdischen Deutschnationalen haben im Landtag eine Anfrage gestellt, ob es richtig sei, daß das Innenministerium der Polizei zu der Hausführung in den Geschäftsstellen der Deutschnationalen Volkspartei (von der wir feinerzeit Mitteilung gemacht haben, D. Red.) Ermächtigung gegeben habe, und ob die Säupse aufgefördert sei, bei Mangel ausreichenden Verdachtes diesen zunächst durch Arbeit von Polizeispitzeln zu beschaffen? Eine dümmere Anfrage ist wohl kaum in einem Landtage gestellt worden. Selbst Deutschnationalen werden wissen, daß ein Ministerium sich niemals zu einer ebenbürtigen wie provokatorischen Ermächtigung bereitfinden wird. Diese Anfrage ist der Ausfluß des Hasses, dessen sich die sozialistische Regierung Sachens bei den bürgerlichen Parteien erfreut.

Gewerkschaftsbewegung

Der kommunistische Erwerbslosenkrawall.

Neben einem Aufruf der Erwerbslosenräte brachte die „Kote Fabne“ am Sonntag die Parole heraus für die gekrigte Demonstration am Engelufer. Nachdem bereits zweimal hintereinander das Gewerkschaftshaus und die darin tätige „Gewerkschaftsbureaucratie“, die „Gewerkschaftsbörsen“ persönlich, das Ziel der kommunistischen Erwerbslosen „Aktionen“ waren und sich herausgestellt hatte, daß Unorganisierte unter Drohungen und Täuschungen die Gewerkschaftsführer gewaltsam zur Rechenschaft zogen, war nichts natürlicher, als daß die Verwaltung des Gewerkschaftshauses gewisse Sicherheitsmaßnahmen traf. Diese hatten die Wirkung, daß am Freitag die Folgen des am Dienstag beschlossenen Ultimatum's ausblieben.

Die „Kote Fabne“ erklärte in dem „Selbstschuß“ der Gewerkschaftskommission gegen Arbeitslose eine unerhörte Beeinträchtigung der kommunistischen Aktionsfreiheit und schrieb in der ihr eigenen Wahrheitsliebe:

„Die Gewerkschaftsbureaucratie versucht also ihre Drohungen wahr zu machen und gegen hungernde Erwerbslose brutale Gewalt anzuwenden.“

Die Anwendung brutaler Gewalt reklamiert sie als Vorrecht ihrer in kommunistischem Sinne bearbeiteten Schützlinge. In dieser Auffassung befindet sich verzweifelte Verlegenheit gegenüber den Moskauer Anforderungen.

Bestern war die große Aktion. Sammelpunkt war der Mariannenplatz. Zunächst kam eine Abordnung zur Berliner Gewerkschaftskommission mit der Einladung, zum Mariannenplatz mitzukommen, um dort Rechenschaft abzulegen über die 10 Punkte, und die Gleichberechtigung der Unorganisierten anzuerkennen. Die wenig verlockende Einladung wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die Gewerkschaften lediglich ihren Mitgliedern gegenüber verantwortlich sind und keine Verantwortung haben, in Versammlungen zu sprechen, deren Veranstaltung und eigentlicher Zweck, wie auch deren Zusammenfassung ihnen unbekannt ist.

Gegen 12 Uhr mittags kam der Zug vom Mariannenplatz ins Gewerkschaftshaus. Die Zugänge zum Saal wurden gewaltsam geöffnet und zunächst eine Konferenz von Betriebsräten der Transportarbeiter geipnagt, wobei verschiedenen Konferenzteilnehmern Gut und anderes abhandelt kam.

Als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission, die im Gewerkschaftshaus das Hausrecht hat, machte Genosse Sabath darauf aufmerksam, daß das Haus nur organisierten Arbeitern zu Versammlungszwecken zur Verfügung steht. Sabath wurde dann aus seinem Bureau geschleppt und geschlagen, so daß er eine zwei Zentimeter lange Kopfverletzung davontrug und ihm die Hand, die er zum Schutz des Kopfes erhob, zerfälligen wurde. Von den beiden Genossen, die ihm zu Hilfe kamen, wurde der Genosse Hoppe über den Kopf geschlagen, während der Kassierer der Aushaltere nach Waffen blickte und bei dieser Gelegenheit total ausgeplündert wurde. Doch Fensterreiben und anderes in dem vollständig neu renovierten Gewerkschaftshaus demoliert wurden, sei nur nebenbei bemerkt. — Die brutale Gewalt der Gewerkschaftsbureaucratie gegen die hungernden Erwerbslosen — die nur ertliche Anspöckel mitgebracht hatten, ging nun wiederum so weit, daß die „Bonzen“ nunmehr nach der Schuppolyzei riefen.

Die Versammlung der „friedlichen“ Demonstranten hatte inzwischen weitergetagt und schickte eine Vertretung zu den Gewerkschaften, um den Abzug der Schuppolyzei zu veranlassen. Dieses bescheidene Verlangen mußte diesmal denn doch abgelehnt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß der „Koten Fabne“ eine derartige Rücksichtslosigkeit iadeinswert erscheint.

Das ist so die neue kommunistische Taktik zur Bekämpfung der freien Gewerkschaften.

Da die Frustrierung des Arbeitslosenlebens zu parteipolitischen Zwecken mit derartigen Mitteln jetzt zweifellos feststeht, sind die Gewerkschaften gezwungen, alle zur Abwehr geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Die „Freiheit“ scheint inzwischen eingesehen zu haben, daß der „Vorwärts“ die Dinge von vornherein richtig beurteilt und sie keineswegs „aufgebauscht“ hat.

Jeder vernünftig denkende Arbeitslose muß sich sagen, daß an seiner Lage dadurch nichts geändert wird, wenn den Angestellten im Gewerkschaftshaus die Köpfe blutig geschlagen werden, ihnen das Zeug vom Leibe gerissen wird und sie um die Geld-

schne erleichtert werden, die sie etwa in Verwahrung haben. „Obber“ geht wohl nicht mehr! Hoffentlich trägt dieses Trauerspiel der in ihrer Verlegenheit gegenüber dem Aktionsbegehren aus Moskau kopflos gewordenen Bureaucratie zur Selbstbesinnung der Gesamtheit der organisierten Arbeiterschaft bei gegen kommunistische Machinationen. Dann war es nicht umsonst.

Wie nachträglich berichtet wird, ist die Verletzung des Genossen Sabath derart, daß er eine leichte Gehirnerschütterung erlitt und in seine Wohnung überführt werden mußte. Der in den Innenräumen und im Restaurant des Gewerkschaftshauses angerichtete Schaden soll recht erheblich sein. — Die Polizei verhaftete sieben Personen und mußte das Engelufer bis in die Abendstunden besetzt halten, da sich immer wieder neue Ansammlungen bildeten.

Zum Streik der Gutsarbeiter Groß-Berlins

wurde in einer Versammlung der Funktionäre des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes (Filiale Berlin), die am Sonntag stattfand, Stellung genommen. Schaum gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat, der nur einige geringe Zugeständnisse habe machen wollen. Das geforderte Mitbestimmungsrecht sei abgelehnt worden. Der Spruch des Schlichtungsausschusses sei im Sinne des Magistrats ausgefallen. Der Magistrat habe nun die Verbindlichkeit des Schiedspruches beantragt. Hierüber soll noch beim Demobilisationskommissar verhandelt werden. Die Arbeiterschaft sei nun in den Streik getreten. Redner kam in seinen weiteren Ausführungen auf die Jagd- und Landverpachtungen zu sprechen, wobei erheblich mehr für die städtischen Finanzen herausgeholt werden könnte. Die Einkommensunterschiede zwischen den Gutsarbeitern und den höheren Ortsbeamten seien so groß, daß sich ein starkes Mißverhältnis ergebe. Es sei dringend erforderlich, den Weg ausgleichender Gerechtigkeit für die Gutsarbeiter durch Verringerung dieser Spannung zu beschreiten.

Der Barlohn für Tagelöhner betrage jetzt 1,50 M., für Jugendliche 0,80 M., Frauen 1,40 M., jugendliche Mädchen 0,70 M. Jugendliche Kräfte und Frauen werde kein Deputat gewährt. Erwachsene männliche Arbeiter haben Deputate, die man mit 5000 M. jährlich bewerte. Nur etwa 45 Proz. der Arbeiter erhalten Deputate.

Dagegen gewähre man den Oberinspektoren, Abministratoren und Güterdirektoren ein Gehalt von 10.200 bis 25.000 M. Dazu 50 Proz. Teuerungszulage, so daß 15.300 bis 37.500 M. bezahlt werden. Dazu kommen noch Lantienem vom Rohertrag. Für Deputate würden 2800 M. in Abzug gebracht. Als Deputate werden gewertet: freie Wohnung von 4 bis 14 Zimmern, Gartenland von 1/2 bis zu 6 Morgen, Bricketts nach Bedarf, der 170 bis 400 Zentner beträgt, Holz 10 bis 20 Raummeter, Milch 3 bis 6 Liter täglich und 60 Zentner Kartoffeln. Man könne den Gesamtwert dieser Deputate von 3086 bis zu 27.000 M. schätzen; sie würden aber nur mit 2800 M. als Gehalt angerechnet. Für Güterdirektoren kämen Milch und Kartoffeln nicht in Frage, da sie diese nicht als Deputate geliefert bekommen. Hingru kommen Leistungen der Stadtverwaltung für Arbeitskräfte, die bei den Beamten und Festangestellten auf Kosten der Stadt zu privaten Arbeitsleistungen im Haushalt und Garten zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür betragen bei der Administration in Spandorf insgesamt 45.640 M. für den Administrator, den Kassierer, ersten und zweiten Buchhalter, zwei Buchhalterinnen und Inspektoren. Zu diesen Vorteilen kommen Gartenutzung und Benutzung von Kutschpferden und Wagenmaterial.

Die Diskussion endete mit der einstimmigen Annahme einer Entschlieung, nach der die Versammlung den streikenden Gutsarbeitern ihre volle Sympathie ausspricht und erklärt, sie mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Ortsverwaltung wird ermächtigt, ohne weitere Beschlüsse der Verwaltungskörperschaften zur gegebenen Zeit Extrabekträge auszusprechen zur Führung des Kampfes bis zur Entschlieung. Sie erblickt in der Aufforderung an die Organisation zu Verhandlungen über Beseitigung der wichtigsten sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages ein Gegenultimatum auf das von den Gutsarbeitern überreichte Ultimatum des Generalstreiks und wird das weiter Nötige veranlassen.

Beschlossen wurde ferner, in einer Funktionärskonferenz des gesamten Lohnartells über den Streik zu verhandeln.

Drohende Aussperrung in der Halleischen Metallindustrie.

Seit dem 10. Juni befinden sich die Modellstecher der Halleischen Maschinenfabriken wegen Lohnstreitigkeiten im Ausstand. Die Zugeständnisse der Arbeitgeber lehnten die Tischler ab. Die Arbeitgeber haben nunmehr eine allgemeine Aussperrung in der Metallindustrie beschlossen, falls die Arbeit nicht wieder aufgenommen

wird. — Bei der mitteldeutschen Ziegelindustrie ist ein so großer Arbeitsmangel eingetreten, daß eine Reihe von Ziegelbetrieben geschlossen werden müssen.

Der Streik der Angestellten bei der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren, Berlin, Neue Königstr. 16, ist durch glänzende Solidarität der gesamten Arbeiter des Betriebes in ein anderes Stadium getreten. Die Arbeiter haben am Sonntag den Solidaritätsstreik beschlossen und am gestrigen Tage ihrem Beschluß einmütig die Tat folgen lassen. Die Arbeitnehmerschaft läßt sich ihre wenigen Rechte nicht noch mehr beschneiden und sieht den Dingen zuversichtlich entgegen.

Nachmals richten wir an die Angestellten Groß-Berlins das Ersuchen, diesem Kampfe die größte Aufmerksamkeit zu schenken, vor allen Dingen bei dieser Firma unter keinen Umständen Stellung anzunehmen. Zentralverband der Angestellten.

Dem Streik der Bauarbeiter in Gießh., der am Sonnabend wegen Lohnforderungen ausbrach, schlossen sich gestern die Zimmerer an, womit die Zahl der Streikenden auf 1500 stieg.

Der Deutsche Bankbeamtenrat erklärte, an dem Gedanken eines Reichstariifvertrages festzuhalten. Die Bankbeamtenrat sei entschlossen, sich mit allen Kräften an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu beteiligen, sie erblicke aber in der Erfüllung ihrer Tarifforderungen eine wesentliche Voraussetzung, um ihre Mitarbeit auf diesem Gebiet zu ermöglichen.

Die französischen Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten haben auf ihrem Kongreß mit 159 gegen 129 (1) Stimmen beschlossen, an der Amsterdamer Internationale festzuhalten, anstatt zur Moskauer Überzitreten.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 36 SRS. — Geschäftsführungskosten des Betriebsrats.

Zu der diesbezüglichen Entscheidung in Nr. 271 des „Vorwärts“ vom 11. Juni teilt uns die in Frage kommende Firma — die Siemens u. Halske A.G. — mit, daß sie den angegebenen Bescheidweg beschritten und der Polizeipräsident daraufhin die folgende gegenteilige Entscheidung getroffen hat (Abt. II Tagebuch Nr. 416 II i. 21, S. 4. 21):

„Zusolge Ihrer Beschwerde vom 26. Februar d. J. wird die mit dieser angefochtene Entscheidung des Herrn Gewerberats zu Spanbau vom 20. Januar d. J. hiermit aufgehoben und dahin entschieden, daß Sie nicht verpflichtet sind, dem Angestelltenrat Schreibmaterial für die Anfertigung einer namentlichen Liste aller Angestellten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Diese Entscheidung ist endgültig.“

Gründe: Einer namentlichen Liste bedarf die Arbeitnehmervertretung nur zur Aufstellung der Wählerliste, und auch in diese sind nicht alle Arbeitnehmer des Betriebes, sondern nur die wahlberechtigten aufzunehmen. Es kann schon im allgemeinen nicht als zutreffend anerkannt werden, daß die Betriebsvertretungen zur Durchführung der ihnen durch das Betriebsrätegesetz zugewiesenen Aufgaben einer namentlichen Liste aller Arbeitnehmer des Betriebes bedürftig; noch viel weniger kann aber ein Bedürfnis hierfür in ihrem Betriebe als vorliegend erachtet werden. Denn zur Aufstellung der Wählerlisten werden dem Wahlvorstande unbeschränkt alle erforderlichen Unterlagen bereitwillig zur Verfügung gestellt und eine Kontrolle darüber, ob eine bestimmte Person zu den Angestellten des Betriebes gehört, ist den hierzu Verufenen dadurch ermöglicht, daß jeder Angestellte Ihres Betriebes einen von der Firma ausgestellten Ausweis in den Händen hat, der die Feststellung der Person weit besser ermöglicht und sicherer treffen läßt, als sich dies durch eine vom Angestelltenrat geführte Liste, die nur schwer oder überhaupt nicht auf dem laufenden zu erhalten sein würde, erreichen ließe. Die Aufstellung und Weiterführung einer namentlichen Liste durch den Angestelltenrat würde einmal etwaigen Zweifeln und Ärklärern nicht mit Sicherheit vorbeugen, solche vielmehr leicht erst herbeiführen, und würde zum anderen einen sehr beträchtlichen und bei der vorhandenen Einrichtung der Geschäftsführung (Kartothek und Personalausweise) entbehrlichen Aufwand an Zeit und Schreibmaterialien verursachen, was gerade in der gegenwärtigen Zeit vermieden werden muß. Es kann daher vorliegendenfalls nicht anerkannt werden, daß die Bereitstellung der Schreibmaterialien für derartige Listen an den vom Arbeitgeber zu tragenden notwendigen Kosten der Geschäftsführung des Angestelltenrats gehört.“

In Vertretung: gez. Hoffmann.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 2. Otis 1. Blatt.

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Sowell Vorrat

Wischtücher gesäumt und gebündelt.....Stück	4 ⁵⁰
Stubenhandtücher Halbleinen, gesäumt und gebündelt.....Stück	12 ⁷⁵
Tischtücher 120x138 cm.....Stück	59 ⁵⁰
Deckbettbezüge weiß.....Stück	85 ⁰⁰
Kopfkissen mit gemäßigtem Bogen.....Stück	22 ⁵⁰
Bettlaken Reinleinen, ohne Naht, vollweiß.....Stück	95 ⁰⁰
Taschentücher für Damen, mit Hohlnaum.....Stück	2 ²⁵
Taschentücher für Herren.....Stück	3 ⁵⁰

Frotté-Rock weiß und farbig	59 ⁰⁰
--------------------------------	------------------

Vollvoile-Blusen weiß und farbig	39 ⁵⁰
jetzt	

Zephir ca. 80 cm br., viele Muster	9 ⁷⁵
Meter	

Nähseide..... 30 Meter	75	Pl.
Druckknöpfe ... 3 Dutzend	25	Pl.
Stopfgarn..... 3 Kartons	50	Pl.
Wäscheknöpfe 16-22 Dutzend	25	Pl.
Satin-Armblätter wachbar, 1 Paar	2 ⁴⁵	
Halbleinen-Band Stück 3-5 Meter	1 ⁴⁵	
Strumpfhalter		
Kinder	1 ²⁵	
Damen	2 ⁰⁰	
Herren	3 ⁵⁰	

Knaben-Waschhosen verschiedene Größen.....	19 ⁵⁰
Kinder-Mäntel..... von	33 ⁰⁰
Kieler Waschanzüge von	68 ⁰⁰

Küchentischdecken und Paradehandtücher aus guten Stoffen, vorgezeichnet	12 ⁰⁰ 14 ⁵⁰
--	-----------------------------------

Topflappen garniert.....Stück	95	Pl.
Quadrate fertig gestickt farbig..	1 ⁹⁰ 39 ⁰⁰	
Kissen		

Herren- u. Damenschirme Naturlock-Sortiment Halbseide mit Horngriffen	49 ⁷⁵ 69 ⁷⁵ 98 ⁰⁰
---	--